



realistisch  
und radikal

Das Debattenheft  
der Sozialistischen Linken

Nr. 3 - 1. Quartal 2014

# DIE LINKE und Europa

Mit Beiträgen von

Fabio de Masi, Özlem Alev Demirel,  
Klaus Dräger, Jules El-Khatib, Ulrike Herrmann,  
Daniel Kerekeš, Costas Lapavitsas, Steffen Lehndorff,  
Susanne Kramer-Drużycka, Jasper Prigge, Alban Werner, Sabine Wils

# Inhalt

realistisch

und radikal

Das Debattenheft  
der Sozialistischen Linken

## Kritik der real existierenden EU-Politik

- 06 Interview: Es geht um Demokratie und Sozialstaat
- 08 Konkrete Solidarität mit Beschäftigten in Europa
- 10 Wirtschaftsregierung des Finanzkapitals
- 12 Widerstand gegen Jugendarbeitslosigkeit

**Fabio de Masi**  
**Sabine Wils (MdEP)**

**Klaus Dräger**  
**J. El-Khatib, D. Kerekeš, J. Prigge**

## Wie weiter mit Europa? Linke Debatte

- 14 Interview: Gewerkschaften, Linke und die Eurokrise
- 18 Kämpfen wir für einen anderen Euro!
- 20 Der Euro und die Linke
- 22 Interview: Zu den Ursachen der Eurokrise

**Steffen Lehndorff**  
**Paul Boccara u.a.**  
**Costas Lapavistas**  
**Ulrike Herrmann**

## Kämpfe um politische und soziale Rechte in der EU

- 26 EU aus migrationspolitischer Sicht
- 28 Die Klassenkämpfe in Polen
- 32 Nein zum EU-USA-Freihandelsabkommen!

**Özlem Alev Demirel**  
**Susanne Kramer-Drużycka**  
**Alban Werner**

## Sonstiges

- 03 Vorwort
- 04 Informationen zur Sozialistischen Linken, Unterstützungserklärung, Spendenaufruf
- 34 Autorinnen und Autoren



## Impressum

### realistisch und radikal - das Debattenheft der Sozialistischen Linken

Redaktion: Juliane Pfeiffer, Felix Syrovatka, Alban Werner

V.i.S.d.P.: Alban Werner, c/o DIE LINKE - Sozialistische Linke, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Fotos: Ilona Herrmann | R-Mediabase (S.11,15,16), Hans-Dieter Hey | R-Mediabase (S.19, 24);

S.Schuh C.Martischius | R-Mediabase (S.23); Susanne Kramer-Drużycka (S. 29-31), SL, privat

Druck: Laserline, Berlin

# Liebe Genossin, lieber Genosse,

am 25. Mai wird nicht nur das Europäische Parlament gewählt, sondern zeitgleich stehen auch kommunale Parlamente in insgesamt zehn Bundesländern zur Wahl. Für die meisten Bürgerinnen und Bürger gibt es einen unerfreulichen Zusammenhang zwischen beiden Wahlgängen: Es geht nur um eine geschrumpfte Version von Demokratie.

So hat das Europäische Parlament zwar mit den Jahren an Kompetenzen gewonnen. Aber ganz wesentliche Bereiche kann es nach wie vor nicht entscheiden: die Außen- und Sicherheitspolitik, die Währungspolitik, noch nicht einmal über den EU-Haushalt und seinen Umfang. Selbst wenn es fleißige ParlamentarierInnen geschafft hatten, Mehrheiten gegen die katastrophalen Kürzungsdiktate in der EU-Krisenpolitik zu erreichen, wurden ihre Beschlüsse durch fehlende Verbindlichkeit gegenstandslos. Schon lange beklagten politische Linke und soziale Bewegungen das Demokratiedefizit der EU. Nicht nur dieser Demokratiemangel wurde durch die Krisenpolitik verschärft. Auch in den Mitgliedstaaten besiegelte die Politik durch Troika-Auflagen, Entmachtung der Parlamente durch immer neue „Rettungspakete“, durch Fiskalpakt und „Economic Governance“ unterm Strich größere politische Ohnmacht.

Auch in vielen Kommunen schrumpft die Demokratie, weil sie durch Abwälzung zahlreicher Aufgaben, v.a. im sozialpolitischen Bereich, auch durch unbewältigten wirtschaftlichen Strukturwandel und fehlende Mittel finanziell ausgetrocknet sind. Kein Wunder eigentlich, dass außerhalb der „bildungsnahen Schichten“ immer weniger Menschen an europäischen oder kommunalen Wahlen teilnehmen. DIE LINKE darf sich damit nicht abfinden, sondern muss Demokratie und Sozialstaat offensiv verteidigen und Menschen für Politik zurückgewinnen. Die politische Linke in Deutschland hat eine besondere Verantwortung, denn in den Kernländern der EU liegt machtpolitisch der Schlüssel, um die herrschende Kürzungspolitik zu beenden. Deswegen hatten in Griechenland, Portugal, Spanien und Italien viele Menschen auf eine Abwahl von Angela Merkel gehofft. Mit diesem Heft möchten wir deswegen dreierlei erreichen. Zum einen möchten wir zur Debatte um die Euro-

politik der LINKEN beitragen. Es kann leider nicht oft genug gesagt werden, dass es nicht um „für oder wider den Nationalstaat oder die EU“ geht, sondern um die politischen Inhalte und Strukturen auf beiden Ebenen. Dazu schreiben die beiden Europawahl-BewerberInnen Sabine Wils (MdEP) und Fabio de Masi sowie der EU-Experte Klaus Dräger. Zweitens wollen wir einen Blick über den deutschen Tellerrand hinaus ermöglichen. Eine AutorInnengruppe der französischen KommunistInnen einerseits und Costas Lapavistas aus London andererseits debattieren, ob ein sozialer Kurswechsel in Europa mit oder ohne Beibehaltung des Euro in den „Krisenstaaten“ möglich ist. Diese Debatte ergänzen Interviews mit dem Sozialforscher Steffen Lehndorff und der taz-Redakteurin Ulrike Herrmann, deren Stimmen im Mainstream der deutschen Diskussion viel zu wenig Gehör finden. Schließlich wollen wir Themen stärker in die Diskussion rücken, die oft vernachlässigt werden. Die DIDF-Vorsitzende Özlem Alev Demirel kritisiert die Migrationspolitik der EU, die selbst nach tausenden Todesfällen von Geflüchteten nicht geändert wird. Susanne Kramer-Druzycka berichtet über Auseinandersetzungen um soziale Rechte in Polen. Ihr Beitrag macht deutlich, dass Linke der Politik in Osteuropa mehr Aufmerksamkeit schenken sollen. Zum geplanten Freihandelsabkommen zwischen EU und USA schreibt Alban Werner, warum es als Bedrohung der Demokratie verhindert werden muss.

Wir hoffen, dass unser Heft Diskussionen anstößt und bereichert. Herzlicher Dank gilt den Redaktionsmitgliedern Juliane Pfeiffer und Felix Syrovatka und Elke Theisinger-Hinkel, Harald Siepmann und Martin Thomas Horsch für Korrekturen.

Weitere Exemplare dieses Heftes können einfach unter [info@sozialistische-linke.de](mailto:info@sozialistische-linke.de) kostenlos bestellt werden.

Uns allen ein erfolgreiches (Wahl-)Jahr!

Eure Sozialistische Linke



# Sozialistische Linke

Die gewerkschaftlich orientierte Strömung



**WER sind wir?** Die SL ist die *gewerkschaftlich orientierte Strömung* der Partei DIE LINKE. Wir knüpfen an linkssozialistische, links-sozialdemokratische und reformkommunistische Traditionen an. *Klassenorientierung:* Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit und die gemeinsamen Interessen der lohnabhängigen Mehrheit (Beschäftigte, Erwerbslose, Rentner/innen, lernende Jugend) sind der Anker unserer Politik. Die Gründer/innen der SL kamen überwiegend aus der *Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit (WASG)*, jedoch auch aus der *Partei des demokratischen Sozialismus (PDS)*. Wir haben heute über 800 Mitglieder in Ost wie West. Ein Schwerpunkt unserer Arbeit ist *politische Bildung* (z.B. die jährliche Sommerakademie).

**WAS wollen wir?** Wir streiten für *gute Arbeit, Löhne und Renten; eine Ausweitung des öffentlichen Eigentums, öffentliche Investitionen und des Sozialstaats sowie Frieden*. Wir wollen die Lebensverhältnisse der Mehrheit verbessern, die Macht des Kapitals brechen und den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft verwirklichen. Die SL will eine kampagnenfähige *Mitgliederpartei*, die sich auf gemeinsame Interessen von Lohnabhängigen konzentriert und eine starke Verankerung in Gewerkschaften und sozialen Bewegungen sucht. Gewerkschaftliche Orientierung bedeutet kein unkritisches Verhältnis zu Gewerkschaften. Wir wollen unabhängige und kämpferische Gewerkschaften, die sich aus der Umklammerung der SPD lösen.

**WARUM gewerkschaftliche Orientierung?** Gewerkschaften sind die Interessenorganisationen der Lohnabhängigen. Sie können – z.B. über Streiks – dem Kapital direkt in die Speichen greifen.

**WARUM Politik der Arbeit?** Arbeit schafft den Reichtum der Gesellschaft und ist Voraussetzung für die Finanzierung des Sozialstaats. Wir brauchen gemeinsame Kämpfe: Hartz IV ist zum Beispiel nicht nur Armut per Gesetz, sondern auch Lohndrückerei. Wir wollen uns nicht in den Verhältnissen einrichten. Wir wollen den Kapitalismus überwinden. Es bringt aber nichts, nur radikale Sprüche zu klopfen oder Wunsch-Dir-Was-Forderungen zu erheben. Die LINKE muss *realistisch und radikal* sein, wenn sie Massen mobilisieren und Kräfteverhältnisse nach links bewegen will.

**Strömungen:** Machtkämpfe und Strömungen gibt es in allen Parteien. Anders als Seilschaften, die vor allem für persönliche Interessen streiten, wollen wir offen und demokratisch für unsere Ziele werben. Unser Ziel ist eine *starke LINKE*.

[info@sozialistische-linke.de](mailto:info@sozialistische-linke.de)

[www.sozialistische-linke.de](http://www.sozialistische-linke.de)

[www.facebook.com/sozialistischeLinke](https://www.facebook.com/sozialistischeLinke)

# Erklärung der **UNTERSTÜTZUNG**

**Hiermit erkläre ich meine Zugehörigkeit zum Zusammenschluss Sozialistische Linke gemäß der Bundessatzung der Partei DIE LINKE.**

Ich bin Mitglied der Partei DIE LINKE: ja  nein

Sollte ich zu irgendeinem Zeitpunkt die Partei verlassen, so werde ich die Landes- und die Bundesgremien des Zusammenschlusses Sozialistische Linke darüber umgehend in Kenntnis setzen.

Name: ..... Vorname: .....

Straße: ..... PLZ und Ort: .....

Landesverband: ..... Kreis-/Bezirksverband: .....

ggf. Parteifunktionen: .....

aktiv, ggf. Funktion in weiteren Organisationen: .....

Telefonnummern: ..... E-Mail: .....

Geburtsdatum: .....

Ort, Datum: ..... Unterschrift: .....

**Bitte abtrennen und schicken an:** Sozialistische Linke, DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin



## Mit **SPENDEN** die Arbeit aktiv unterstützen

**DIE LINKE erhält keine Großspenden von Lobbyisten und Konzernen. Darauf sind wir stolz. Unabhängige Politik braucht unabhängige Spender.**

Liebe Kollegin, lieber Kollege, liebe Genossin, lieber Genosse,

politische Arbeit kostet auch Geld. Ob Publikationen, Reisekosten oder Veranstaltungen: Oft heißt es „Ohne Moos nichts los!“. Deswegen bitten wir dich, die Sozialistische Linke finanziell zu unterstützen. Dies geht am besten mit der Überweisung einer Spende oder per Dauerauftrag.

**Einzelspenden** bitte an:

Parteivorstand DIE LINKE  
Konto-Nr. 132 257 31  
BLZ 100 500 00  
Berliner Sparkasse  
WICHTIG: Stichwort **SPENDE Sozialistische Linke**

### **Einzugsermächtigung**

Mit dieser Einzugsermächtigung ist die Partei DIE LINKE bis auf Widerruf berechtigt, meinen ab fälligen monatlichen Mitgliedsbeitrag für DIE LINKE in Höhe von \_\_\_\_\_ Euro von unten stehendem Konto abzubuchen.

Einzugsrhythmus (Zutreffendes bitte deutlich markieren):  
monatlich/ vierteljährlich/ halbjährlich/ jährlich

Bankleitzahl: \_\_\_\_\_ Geldinstitut: \_\_\_\_\_

Kontonummer: \_\_\_\_\_

Kontoinhaber/in: \_\_\_\_\_

## Interview

# „Es geht um Demokratie und Sozialstaat!“

Ein Gespräch über die Eurokrise, Rechtspopulismus und LINKE Europa-Positionen mit **Fabio de Masi**



## r+r: Vor welchen Herausforderungen steht DIE LINKE bei den Europawahlen 2014?

Fabio De Masi: Menschen mit geringem Einkommen und Arbeitnehmer meiden die Europa-Wahl. Wir müssen daher Flagge zeigen und Oppositionsführer gegen die Zerstörung von Demokratie und Sozialstaat sein. Die Chancen stehen nicht schlecht: DIE LINKE hat als einzige Partei im Deutschen Bundestag den giftigen Cocktail aus Bankenrettung und Kürzungspaketen abgelehnt. Zudem steht sie einer Großen Koalition gegenüber.

## Wo lauern Gefahren?

Ich nehme den Aufstieg der sogenannten Alternative für Deutschland (AfD) sehr ernst. Die AfD setzt sich geschickt in Szene: Im Bundestags-Wahlkampf plakatierete die AfD: „Die Griechen leiden, die Deutschen zahlen und die Banken kassieren.“

## Wir haben im Bundestagswahlkampf über 300.000 Stimmen an die AfD verloren. Wie sollten wir auf die AfD reagieren?

Wir dürfen unsere Kritik an der Euro-Rettung nicht verstecken. Der ehemalige Vorsitzende der US-Zentralbank Paul Volcker meinte einmal, die einzige sinnvolle Finanzinnovation der letzten Jahre war der Geldautomat. Wir wollen Zombie-Banken schrumpfen. Daher müsse wir auch die vermeintlichen Rettungspakte angreifen: Gerettet werden nicht Menschen oder Staatshaushalte, sondern Banken und Vermögende. Etwa 95 Prozent der Hilfen an Griechenland flossen an den Finanzsektor. Aber wir müssen auch deutlich sagen: Die AfD ist eine Partei, die die kleinen Leute verachtet. AfD-Vorstandsmitglied und Ex-WELT-Kolumnist Konrad Adam sprach

sich dafür aus, Rentnern und Arbeitslosen das Wahlrecht zu entziehen.

## Der LINKEN wird oft vorgeworfen, sie sei anti-europäisch. Was entgegnest Du?

Wer ist Europa? Nicht DIE LINKE ist anti-europäisch, sondern die Politik gegen die Mehrheit in der EU. Etwa jeder zweite Jugendliche in den Krisenstaaten ist ohne Arbeit. Die EU schafft eine verlorene Generation. Das zerstört die europäische Idee. Wir könnten mit einer EU-weiten Vermögensabgabe sofort ein Investitionsprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit finanzieren. Allein das Geldvermögen der europäischen Millionäre übertrifft mit etwa 14 Billionen Euro die gesamte Staatsverschuldung der EU-Staaten. Der Merkel-Wahlverein SPD hat auf seinem Leipziger Parteitag eine Koalition mit der LINKEN an eine „verantwortungsvolle Europapolitik“ geknüpft.. Wer das ernst meint, darf mit Merkel nicht regieren.

## Brauchen wir mehr Europa?

Es geht nicht um mehr oder weniger Europa, sondern um Demokratie und Sozialstaat. Wenn mehr Europa Steuerdumping unterbindet, dann will ich mehr Europa. Wenn die EU das Streikrecht und Tarifverträge bekämpft, die Parlamente beim Staatshaushalt entmachtet oder über die EU-Battle-Groups der Parlamentsvorbehalt bei Militäreinsätzen zerstört, verteidige ich die Demokratie.

## Brauchen wir mehr europäische Öffentlichkeit?

Sicher. Wenn Abgeordnete anderer nationaler Parlamente der EU auf dem Ticket einer Fraktion im Bundestag sprechen dürften, gäbe es tatsächlich mehr

europäische Öffentlichkeit. Dann könnte Alexis Tsipras den Deutschen erklären, dass sie nicht Griechen retten, sondern die Banken.

**Stichwort Bankenunion. Sollten deutsche Banken für spanische Banken bürgen, damit der Bankensektor stabiler wird?**

Die Wahrheit ist immer konkret. Der Steuerzahler bürgt: Und zwar nicht für das seriöse Kreditgeschäft sondern für Wettbuden. Laut der Abwicklungsrichtlinie können bis einen Tag vor Abwicklung einer Schrott-Bank Aktionäre und Gläubiger jenseits der sogenannten Haftungskaskade mit Steuergeldern raus gekauft werden. Die Banken-Union ist daher eine Lebensversicherung für „Zombie-Banken“: Der Finanzsektor – insbesondere das Investmentbanking – wird nicht geschrumpft. In den Bankbilanzen stecken laut Schätzungen noch eine Billion Euro fauler Papiere, der gemeinsame Abwicklungsfonds soll erst in zehn Jahren einsatzbereit sein und nur 55 Milliarden Euro umfassen. Die Europäische Zentralbank (EZB) ist überdies für die Aufsicht völlig ungeeignet. Sie unterliegt als Kreditgeber der letzten Instanz permanenten Interessenkonflikten und ist keiner effektiven parlamentarischen Kontrolle unterworfen. Die SPD hatte in ihrem Regierungsprogramm „Das Wir entscheidet“ versprochen, dass Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nie wieder in Geiselhaft der Banken und Spekulanten genommen werden. Sie sollte beim nächsten Mal daher plakativ „Die Deutsche Bank entscheidet“ und „Das Wir bezahlt“.

**Was sind die Alternativen der LINKEN?**

DIE LINKE fordert die Haftung der Aktionäre und Gläubiger von Banken. Das Investmentbanking ist nicht systemrelevant und daher abzuwickeln. Nur die Einlagen

der Massenkunden sowie das gewerbliche Kreditgeschäft sind abzusichern. In Schweden hat man in den 1990er Jahren zu den Banken gesagt: Wenn ihr die Hand aufhaltet, bringt die Aktien gleich mit. Das ist die billigste Lösung. Denn in Banken Krisen explodieren die Zinsen am Interbankenmarkt, nur der Staat kann den Teufelskreis durchbrechen. Wir brauchen aber keine privaten Staatsbanken wie die Commerzbank – die weiterhin Geschäfte mit Steueroasen macht. Wir brauchen öffentliche „Good Banks“ sowie Sparkassen- und Genossenschaftsbanken. Darüber hinaus sollte die EZB öffentliche Investitionen statt den Deutschen Aktienindex finanzieren. Wir brauchen vor allem eine Stärkung der Binnennachfrage in Deutschland durch höhere Löhne, sichere Renten, öffentliche Investitionen und eine Ausweitung des Sozialstaats.

**Was möchtest Du persönlich als Europa-Abgeordneter erreichen?**

Ein Mandat ist ein Privileg. Ich will vor allem einen guten Job machen und durch meine internationalen Kontakte zu fortschrittlichen Ökonomen die Positionen der LINKEN in der Wirtschaftspolitik bekannter machen. Da geht noch mehr. Wir sollten zudem neben der Euro-Krise und den klassischen, nationalen Themen das Freihandelsabkommen der EU mit den USA in den Mittelpunkt des Wahlkampfes rücken. Ich möchte mich selbstverständlich auch mit Migranten und den Fischern von Lampedusa gegen die humanitäre Katastrophe im Mittelmeer engagieren. FRONTEX ist eine Schande. DIE LINKE lebt vom Leiharbeiter oder der Rentnerin, die bei Regen und Sturm für unsere Ziele kämpfen. Daher möchte ich den Parteaufbau unterstützen. Dafür bleibt uns nicht mehr viel Zeit.



# Konkrete Solidarität mit Beschäftigten in Europa

Einblicke in ihre Tätigkeit im Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit sowie im Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments gibt **Sabine Wils (MdEP)**



Seit 2008 wütet die Krise. Ein Ende ist nicht in Sicht. Für die Tiefe der Krise ist die Fehlkonstruktion der Europäischen Union verantwortlich. Trotzdem wird der Lisabon-Vertrag, werden Standortwettbewerb und Spar dikate von den anderen Parteien nicht in Frage gestellt. Die neoliberale Medizin hat soziales Elend in Europa verschärft. Trotzdem wird sie nicht abgesetzt, im Gegenteil soll ihre Dosis erhöht werden.

Die Wettbewerbsorientierung der Europäischen Union wirkt in alle EU-Staaten hinein. Bei meiner Tätigkeit im Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit sowie im Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments (EP) habe ich dies hautnah erlebt und bekämpft.

Der Linksfraktion im EP GUE/NGL war es wichtig, den Betroffenen, den Umweltverbänden und zuständigen Gewerkschaften ETF, ver.di und EVG zu all diesen EU-Projekten über Anhörungen ein Forum zu geben, damit ihre Argumente mehr Gehör finden.

## Mit Druck gegen neoliberale Projekte

Mit Liberalisierung will die EU im Verkehrsbereich den Wettbewerb fördern: Sei es bei der Post, der Bahn oder auf den Flughäfen. Das Ergebnis ist aber nicht mehr Wohlstand für alle, sondern Dumping bei Löhnen und Arbeitsbedingungen zu Lasten der Beschäftigten und Qualitätsverschlechterungen öffentlicher Dienstleistungen. Darunter leiden besonders diejenigen, die dringend auf sie angewiesen sind.

## Das Flughafenpaket – Fluglärm und Bodendienste

Das Flughafenpaket hat viele Facetten. Selbstverständlich engagieren wir uns gegen den Fluglärm, in Hessen gemeinsam mit der Landtagsfraktion. Dazu machten

wir auch eigene Veranstaltungen gemeinsam mit Initiativen an mehreren Orten. Diese Auseinandersetzung bestimmte die Arbeit im Umweltausschuss.

Das Flughafenpaket stellte einen schweren Angriff auf die Beschäftigten an den Flughäfen dar. Seit 1996 sind die Bodendienste EU-weit liberalisiert. Seitdem sind die Löhne in diesem Bereich um 20% gesunken. Die EU-Kommission plante weitere Liberalisierungsschritte. Durch größere Anbieterkonkurrenz an den großen Verkehrsflughäfen in der Bodenabfertigung wären dann die Löhne noch mehr unter Druck geraten. Unsere Fraktion hat hierzu gemeinsam mit ver.di eine Anhörung durchgeführt, an der die Betriebsratsvorsitzenden aller großen deutschen Flughäfen teilnahmen. Das war ein wichtiger Baustein zur Mobilisierung der Kolleginnen und Kollegen. In Brüssel und in Straßburg haben jeweils tausende Flughafenbeschäftigte demonstriert, Bernd Riexinger und ich sprachen zu den Protestierenden. Dank des außerparlamentarischen Drucks wurde die Richtlinie im Verkehrsausschuss abgelehnt.

Leider hat das Parlamentsplenum die Richtlinie nicht abschließend zurückgewiesen, und es kam zu Neuverhandlungen im Verkehrsausschuss. ver.di, Sozialdemokraten und Konservative verhandelten einen Kompromiss. Nun müssen Flughäfen mit mindestens 15 Millionen Passagieren pro Jahr zumindest drei verschiedene Anbieter bei den Bodenverkehrsdiensten zulassen. Diese Marktöffnung wird zu schwerwiegenden Verschlechterungen für die Beschäftigten bei Einkommenssituation und Arbeitsbedingungen zur Folge haben, aber auch bei Qualität und Sicherheit.

## Flugzeiten der Piloten

Die Europäische Kommission hatte eine Verordnung vorgelegt, in der sie willkürlich die Flugzeiten für Pi-

loten auf bis zu 12,5 Stunden ausweiten wollte. Verschiedene Studien und Gutachten hatten jedoch belegt, dass eine Dienstzeit von mehr als zehn Stunden ein erhebliches Sicherheitsrisiko darstellt. Auch wurde der Vorschlag von den europäischen Pilotenverbänden scharf kritisiert. Der Kommissionsvorschlag wurde im Verkehrsausschuss abgelehnt. In der Parlamentsdebatte deutete der zuständige EU-Kommissar Kallas vage Zugeständnisse an. Daraufhin votierte eine Mehrheit im Europäischen Parlament gegen den alternativen Vorschlag des Verkehrsausschusses, der eine Flugdienstzeiten-Verlängerung ablehnte. Die Abgeordneten vertrauten mehrheitlich schwammigen Beteuerungen der Kommission mehr als wissenschaftlichen Gutachten der Flugsicherheitsbehörde EASA.

### Port Package III

Ein anderes Beispiel neoliberaler EU-Politik ist der Entwurf der EU-Kommission zur „Verordnung zur Schaffung eines Rahmens für den Zugang zum Markt für Hafendienste“.

Die Verordnung soll die sog. Konzessionsrichtlinie auf die Hafenbetriebe anwenden und stellt damit für die Beschäftigten in den Häfen eine Bedrohung dar. Weltweit agierende Konzerne werden den Zuschlag für die Arbeit in den Häfen erhalten können. Sie werden niedrigere Löhne zahlen und die Arbeitsbedingungen verschlechtern, wie z.B. im Hafen von Piräus.

Auch hier wird sich nur dann etwas bewegen, wenn in den Hafenbetrieben durch die Gewerkschaften Wider-

stand organisiert wird, was aber noch nicht erkennbar ist. Nach den erfolgreichen Kämpfen gegen Port Package I und II durch die Beschäftigten ist jedoch ein großes Widerstandspotenzial vorhanden.

Neben den genannten Beispielen mache ich auch im Umweltausschuss Druck von links, insbesondere wenn Profitinteressen gegen die Interessen von Mensch und Umwelt stehen. Vom Klimawandel sind besonders die Menschen in den Entwicklungsländern betroffen. Die Weltklimakonferenzen können zurzeit daran nichts ändern.

Ob es um Agrotreibstoffe, Fracking, Tiefseebohren nach Öl in der Arktis oder um den Klimawandel geht, eine satte Mehrheit der Allparteienkoalition setzt auf Gewinne der Konzerne statt auf die Zukunftsinteressen der Menschheit.

Im Sinne der Profitmaximierung der Atomkonzerne wird an der Sicherheit gespart. Im Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) sind zwar Sicherheitsstandards festgelegt, diese wurden jedoch von der Atomlobby selbst gemeinsam mit der EU-Kommission geschrieben.

Gemeinsam mit den Umweltbewegungen und den Betroffenen müssen wir in Zukunft noch mehr Druck entfalten um dies zu ändern.

Weitere Informationen gibt es hierzu unter:  
[www.sabine-wils.eu](http://www.sabine-wils.eu)



# Klassenkampf von oben. Die Wirtschaftsregierung des Finanzkapitals

Die Economic Governance der EU macht  
das soziale Europa tot meint **Klaus Dräger**

*„Wir brauchen eine europäische Wirtschaftsregierung. Wir brauchen eine Instanz, die jetzt die Finanzpolitik koordiniert, die jetzt die Steuerpolitik koordiniert, die jetzt vor allem die Lohnpolitik koordiniert, sonst bricht der Euro auseinander.“<sup>1</sup>*

10 Ein Geflecht aus neu geschaffenen Verfahren, Institutionen und Politiken gestaltet die wirtschaftspolitische Steuerung (Economic Governance) in der EU. Die Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF); die Eurorettungsschirme EFSF und ESM; Europa 2020 als Nachfolge der gescheiterten Lissabonstrategie der EU (2000 – 2010); der verschärfte Stabilitätspakt für den Euro; ein neues EU-Verfahren zur Bekämpfung wirtschaftlicher Ungleichgewichte; der EuroPlusPakt; neue EU-Gesetze zu all dem (Six-Pack und Two-Pack) sowie ein neues Verfahren zur Koordinierung und Überprüfung der damit verbundenen Politiken von EU und Mitgliedstaaten (Europäisches Semester); der zwischen 25 Mitgliedstaaten (ohne Großbritannien und Tschechien) außerhalb der EU-Verträge vereinbarte Fiskalpakt; die EZB-Politik einer geldpolitischen Lockerung, Pläne für eine Bankenunion, die im ersten schon beschlossenen Schritt der EZB die Aufgabe übertragen, „systemrelevante Banken“ in der Eurozone zu überwachen und notfalls abzuwickeln.

Mit Wirtschaftsregierung im Sinne Oskar Lafontaines hat der von der EU eingeschlagene Weg nichts zu tun. Die EU Economic Governance ist eine „stille Revolution“ (Kommissionspräsident Barroso) – eine Wirtschaftsregierung für abermals verschärfte neoliberale Reformen.

Finanzielle Stabilität wurde aus Sicht der EU wieder hergestellt, indem man private Unternehmen und Banken durch Milliardenhilfen aus Steuermitteln vor dem

Kollaps bewahrte. An den daraufhin explodierenden Staatsschulden verdienen nun dieselben Banken, die zuvor vor den Folgen ihrer Fehlspekulationen gerettet wurden. Die gelockerte Geldpolitik der EZB erlaubt den Banken, sich zu niedrigen Zinsen Geld bei der EZB zu leihen und Staatsanleihen der EU-Krisenländer zu kaufen, die ihnen weit höhere Zinsen bringen.

Die Konsolidierung der Staatsfinanzen soll vorangetrieben werden, indem die Überschreitung der Maastricht-Obergrenzen zu Haushaltsdefiziten (3 % des BIP) und staatlicher Gesamtverschuldung (60 % des BIP) mit schärferen und automatischen Sanktionen belegt wurden und die Mitgliedstaaten eine Schuldenbremse nach deutschem Vorbild einführen. Damit wurde die Politik der Ausgabenkürzungen (Austerität) verschärft und verstetigt. Dies ließ Kaufkraft und Binnennachfrage rapide einbrechen. So verlor z.B. Griechenland im Zeitraum 2008 – 2012 knapp ein Fünftel (18,5 %) seines Bruttoinlandsprodukts (BIP), Portugal rund 8 %. Gegen die dadurch entstehenden neuen Haushaltslöcher muss nach den EU-Regeln mit erneuten Kürzungen angespart werden. Kurzfristig sinken so zwar die jährlichen Haushaltsdefizite. Weil das BIP schrumpft, steigt aber der Anteil der öffentlichen Gesamtverschuldung (z.B. 2008 – 2012 von 110,7 % auf 153,2 % des BIP in Griechenland, von 71,6 % auf 112,4 % des BIP in Portugal). Die Krise der Staatsfinanzen wird so weiter angeheizt.

Neoliberale Strukturreformen sollen die EU-Wirtschaft wieder dynamischer machen und Wachstum bringen. Weitere Reformen des EU-Binnenmarkts sollen vor allem die Dienstleistungen noch mehr liberalisieren und Vorschriften für Unternehmen abbauen. Die Regierungen verlängern Arbeitszeiten, kürzen Renten, Bildungsetats und Sozialleistungen, erhöhen das Renteneintrittsalter, verkleinern den öffentlichen Dienst und

das Gesundheitswesen und privatisieren fast alles, was nicht niet- und nagelfest ist. Entsprechende Politikempfehlungen der EU finden sich zuhauf in den Leitlinien zur Europa-2020-Strategie, im EuroPlusPakt, den länderspezifischen Empfehlungen des Rats im Rahmen des Europäischen Semesters usw. Sie werden von der großen Mehrheit der Mitgliedstaaten auch umgesetzt.

Fragen des Entgelts und der Tarifverhandlungen sind zwar explizit vom Anwendungsbereich der EU-Verträge ausgenommen. Die EU Economic Governance macht aber Vorgaben dazu. Lohnfindungsprozesse sollen stärker dezentralisiert, d.h. Tarifverhandlungen z.B. mehr auf die betriebliche Ebene verlagert werden. In den EU-Ländern unter Kontrolle der Troika wurden Mindestlöhne gekürzt, Tarifverträge komplett ausgehebelt und neue Regelungen eingeführt, die es z.B. Betriebsräten (Spanien, Portugal) oder „Vereinigungen von mehr als 20 Arbeitnehmern“ (Griechenland) ermöglichen, Tarifverträge zu schließen.<sup>2</sup>

Die EU Economic Governance organisiert so in erster Linie ein Programm des „Klassenkampfes von oben“: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Bevölkerungsgruppen, die auf sozialstaatliche Leistungen angewiesen sind, werden enteignet und vormaliger sozialstaatlicher Rechte beraubt, um Finanzmärkte und Unternehmen wieder aufzupäppeln.

Dies bedeutet auch das Ende der Demokratie wie wir sie kannten. Offensichtlich ist dies bei den EU-Ländern unter Kuratel der Troika (z.B. Lettland, Ungarn, Rumänien, Griechenland, Irland, Portugal, Spanien, Zypern, demnächst wohl Slowenien). Sie mussten sich im Ge-

genzug für Kreditzusagen verpflichten, detaillierte Auflagen zur Strukturanpassung umzusetzen. Ihre Parlamente verloren dabei weitgehend ihre demokratische Souveränität in Fragen der Fiskal-, Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Wo solche direkten Eingriffsmöglichkeiten noch fehlen, hilft der Appell an das „ständige Plebiszit der globalen Märkte“ (Bundesbankchef Tietmeyer 1998). EU-Kommission, EZB, die deutsche Regierung usw. stellten die Wirtschafts- und Finanzpolitik einiger Mitgliedstaaten öffentlich an den Pranger. So erzwang z.B. die Reaktion der Finanzmärkte Expertenregierungen ohne demokratische Neuwahlen in Griechenland (Papademos) und Italien (Monti). Demokratische Wahlen (siehe zuvor z.B. Irland, Portugal, Spanien und später z.B. Griechenland, Italien, Slowenien, Frankreich) bringen keine Abkehr vom Austeritätskurs, denn die Parteien sowohl des Mitte-Rechts wie des Mitte-Links-Spektrums vertreten wirtschaftspolitisch im Prinzip das gleiche Programm. Egal wird, welcher Block am Ende regiert. EZB-Chef Mario Draghi hat daher im Grunde Recht: Das soziale Europa ist mausetot.

<sup>1</sup> Oskar Lafontaine in seiner Rede auf dem 2. Bundesparteitag der LINKEN in Rostock am 15. Mai 2010.

<sup>2</sup> Das Europäische Gewerkschaftsinstitut hat hierzu Studien und Länderberichte erstellt. Sie können unter folgenden Link im Internet abgerufen werden: [www.etui.org/Publications2/Working-Papers/The-crisis-and-national-labour-law-reforms-a-mapping-exercise](http://www.etui.org/Publications2/Working-Papers/The-crisis-and-national-labour-law-reforms-a-mapping-exercise).



# Widerstand gegen Jugendarbeitslosigkeit

Für eine Perspektive für Jugendliche in Europa plädieren **Jules El-Khatib, Daniel Kerekeš, Jasper Prigge**

Seit Beginn der Krise des Kapitalismus 2008 spitzt sich die Situation auf den Arbeitsmärkten Europas insbesondere im Süden des Kontinents immer weiter zu. In Griechenland und Spanien haben mehr als 50 Prozent der Bevölkerung unter 25 Jahren keinen Job - in zehn weiteren europäischen Ländern wie Italien, Portugal, Zypern und Slowenien sind mehr als 20 Prozent der Jugendlichen und jungen Erwachsenen erwerbslos. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit kostet die EU jährlich 75 Milliarden Euro; hinzu kommt ein Vermögensverlust von 223 Milliarden Euro bei den Betroffenen.

Vor kurzem wurde durch die EU-Kommission ein Hilfspaket für Jugendliche geschnürt. Doch die versprochenen 45 Milliarden Euro sind wie schon der 2012 verabredete „Wachstumspakt“ nur eine Mogelpackung. Um genug Arbeit für alle jungen Menschen zu schaffen, muss die Kürzungspolitik gestoppt werden. Nötig ist zudem ein massives Investitionsprogramm, das zukunftsfähige Arbeitsplätze in den jetzigen Krisenländern schafft. Ohne einen radikalen Kurswechsel bleibt die EU ein Projekt, das für die Jugend Europas vor allem Verarmung und Perspektivlosigkeit bedeutet. Politisch steht ein wirtschaftliches und politisches Zentrum mit

Deutschland, Frankreich und den Benelux-Ländern gegen die Peripherieländer. Dieses Auseinanderdriften bedeutet eine Gefahr für die an sich gute Idee eines geeinten Europas, die mit der EU nur unzureichend umgesetzt wird. Die Folgen sind politische Ohnmachtsgefühle und das Erstarken neofaschistischer Kräfte, die mit ihrer pseudo-antikapitalistischen Kritik vor allem versuchen Jugendliche anzusprechen.

## Antikapitalistischer Widerstand

Während die Menschen im Süden der EU und in Irland auch als Antwort auf die neofaschistische Gefahr auf die Straße gehen, Gewerkschaften zu Generalstreiks aufrufen und linke Parteien die Spardiktate ablösen wollen, ist es Zeit, dass deutsche Aktivist\*innen auch mit Aktionen deutlich machen, dass sie die Troika-Politik ablehnen. Die Blockupy-Proteste stellen auch 2014 den entscheidenden Aktionstagen in Deutschland für antikapitalistischen Widerstand gegen die Kürzungspolitik dar. Die Linksjugend [‘solid] wird Blockupy 2014 erneut bestmöglich unterstützen. Auch die Solidarisierung mit den Generalstreiks in den Krisen-Staaten bietet die Möglichkeit zu internationaler Zusammenarbeit und einer gemeinsamen linken Perspektive.

**linksjugend**  
**[‘solid]**   
**nordrhein-westfalen**

Die Wahl von Alexis Tsipras zum Spitzenkandidaten der Europäischen Linken (EL) ist ein wichtiger Schritt zu einer gemeinsamen linken Kampagne gegen die Troika-Politik. Sie kann der Startpunkt für eine breitere Bewegung für einen Neustart eines gemeinsamen Europa sein. Ein Neustart, der mit der Kürzungspolitik bricht, alle Maßnahmen der Troika zurücknimmt und die Eigentumsfrage als einen zentralen Punkt der Auseinandersetzung erkennt. Eine solche Europäische Linke kann im Bündnis mit Gewerkschaften und sozialen Bewegung deutlich machen, dass nationalistische Parolen keine Alternative bieten, ein Bruch mit dem Kapitalismus notwendig und internationalistische Solidarität unerlässlich ist, um der Jugend Europas eine Perspektive zu geben.

# EINTRITTSERKLÄRUNG

Hiermit erkläre ich meinen Eintritt in die Linksjugend ['solid] e.V. Ich erkenne die Satzung und die politischen Grundsätze des Jugendverbandes an. In meinem Mitgliedsbeitrag ist der Bezug der Verbandszeitung und regelmäßiger Infos enthalten.

Der monatliche Mindestbeitrag der aktiven Mitglieder von Linksjugend ['solid] beträgt grundsätzlich 1 € als Mindestbeitrag für NichtverdienerInnen und 2 € als Mindestbeitrag für Nettoeinkommen bis 500 €. Bei Nettoeinkommen bis 1.000 € beträgt der Mindestbeitrag 4 €. Bei Nettoeinkommen bis 1.500 € beträgt der Mindestbeitrag 10 €. Bei höheren Einkommen beträgt der Mindestbeitrag 15 €. Aktive Mitglieder, die MandatsträgerInnen auf Landes-, Bundes- oder Europaebene sind, zahlen mindestens 25 €

## ANGABEN ZUR PERSON

Herr  Frau

Vorname\*

Name\*

Geburtsdatum\*



Straße und Hausnummer\*

PLZ und Wohnort\*

Bundesland\*

Telefonnummer\*

Email\*

**ICH BIN MITGLIED DER PARTEI DIE LINKE.**

ja  nein

Ort, Datum und Unterschrift\*

# ICH MÖCHTE AKTIV WERDEN BEI:

**linksjugend**  
**['solid]**

## ICH ZAHLE

bequem per Lastschrift meinen Mitgliedsbeitrag in Höhe von € (nach Selbsteinschätzung; Mindestbeitrag: 1,00 €)

Hiermit ermächtige ich die Linksjugend ['solid] bis auf Widerruf, die von mir zu entrichtenden Mitgliedsbeiträge monatlich zu Lasten des oben genannten Kontos per Lastschrift einzuziehen.

Meinen Mitgliedsbeitrag zahle ich bar bzw. per Dauerauftrag

Kontoinhaber\*

Kontonummer\*

Bankleitzahl\*

Geldinstitut\*

## KLEINGEDRUCKTES

Die Angaben dienen der Nachweisführung und der statistischen Auswertung der Mitgliederentwicklung sowie der Verbesserung der Kommunikation. Sie werden in der Bundesgeschäftsstelle, den Landesverbänden und in den Gliederungen des Vereins Linksjugend ['solid] e.V. entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt und aufbewahrt.

Ich erkläre dazu mein Einverständnis.

\*Felder müssen ausgefüllt werden

Ort, Datum und Unterschrift\*

(für Erteilung der Einzugsermächtigung bis auf Widerruf)

## KONTAKT& FRAGEN

Linksjugend ['solid] Bundesgeschäftsstelle | Mitgliederbetreuung | Kleine Alexanderstr. 28 | 10178 Berlin  
tel: 030 - 24 009 132 | fax: 030 -24 009 326 | mail: mitglieder@linksjugend-solid.de oder info@linksjugend-solid.de

## Interview

# „SYRIZA als Vorbild: Konsequenz an den politischen Alternativen arbeiten“

Über politische Strategien von Parteien und Gewerkschaften in der Eurokrise sprachen wir mit dem Gewerkschafts- und Arbeitsmarktforscher

**Steffen Lehndorff**



14

**r+r: Wie wird die Eurokrise in den Mitgliedsländern diskutiert? Was erwartet man? Ein weiteres „sich Durchwurschteln“ durch die Krise, einen Kollaps, ein Kerneuropa oder eine „vervollständigte“ Fiskalunion?**

Steffen Lehndorff: Ich denke, dass auf EU-Ebene gegenwärtig ein „Durchlavieren“ stattfindet, allerdings auf der Basis eines knallharten neoliberalen Programms, also der Schwächung des Sozialstaats und der Deregulierung von Arbeits- und Produktmärkten. Auf den nationalen Ebenen gibt es zum einen die klare Dominanz des neoliberalen Kurses in den „Programmländern“, die unter Kuratel der Troika stehen, sowie in Spanien, aber auch (gewissermaßen aus freien Stücken) in Großbritannien. In den anderen Ländern ist der Einfluss eher mittelbar und macht sich durch die „Europa 2020“-Strategie, das sogenannte Europäische Semester und den Fiskalpakt, bemerkbar. Aber vor allem die Krisenländer ähneln sich im Grundmuster.

**Welches Muster meinst Du?**

Die herrschenden Eliten dort sind selbst politisch zu schwach für einen knallharten neoliberalen Kurs und nutzen die Troika, um eine Politik zu machen, die sie alleine nie durchsetzen könnten. Allerdings werden sie dadurch selbst zum Instrument der Troika, was ihnen bei Protestdemonstrationen deutlich gemacht wird. Sie sind sozusagen „Treiber und Getriebene“. Man muss

sich diese nationalen Eliten genau anschauen. In Spanien z.B. regiert jetzt die Volkspartei (Partido Popular, PP), deren Wurzeln teilweise noch in die Franco-Zeit zurückreichen. Die PP setzt ein in jeder Hinsicht reaktionäres Programm durch, für das sie unter „normalen“ Umständen niemals eine Mehrheit gefunden hätte. Dasselbe Grundmuster findet sich in Griechenland und Portugal. Es gibt sicherlich große Unterschiede in der jeweiligen Rolle von Sozialdemokratie und radikaleren Linken zum Beispiel zwischen Spanien und Griechenland, aber das Verhalten der Eliten ist sehr ähnlich. Was den Umbruch der Strukturen angeht, ist Spanien sogar bemerkenswerter als Griechenland, weil dort jahrzehntelang etablierte soziale Kompromissstrukturen aufgebrochen werden - mit unabsehbaren sozialen Folgen.

**Gibt es denn auch Widersprüche im „bürgerlichen Lager“ der Krisenländer? In Deutschland erleben wir mit dem Rausflug der FDP aus dem Bundestag und der AfD-Gründung gerade eine „Neusortierung“ bürgerlicher Parteien.**

Es gibt durchaus auch Gegensätze. In Portugal etwa treten sie auf zwischen dem Präsidenten Silva und dem Ministerpräsidenten Coelho, die beide der konservativen PSD (Partido Social Democrata) angehören, weil der Präsident stärker auf die Wahrung des sozialen Friedens bedacht ist. In Spanien treten Spannungen im Hinblick auf die Autonomiebestrebungen der Regionen

auf, vor allem bei der katalanischen Bourgeoisie. Angela Merkel sagte bei einem der letzten Weltwirtschaftsgipfel in Davos, dass für „Strukturreformen“ Druck gebraucht werde. Was das bedeutet, können wir heute in den Krisenländern sehen. Durch seine Konstruktion wirkt der Euro für jedes Mitgliedsland wie eine Fremdwährung und die Staaten konkurrieren miteinander, als ob es Unternehmen wären. Politischer Druck wird so durch vermeintliche Marktzwänge untermauert. Aber hier können Widersprüche auftreten, denn Akteure wie die spanische PP möchten sich nicht auf Dauer durch die EU-Kommission oder die deutsche Bundesregierung „hineinregieren“ lassen.

**Wie siehst Du die politische Linke aufgestellt? Kann sie allgemein davon profitieren?**

Die kapitalismuskritische Linke in Europa ist bislang mit Ausnahme Griechenlands nicht stärker geworden, daher können die Risse im bürgerlichen Lager in diesen Ländern wahrscheinlich erfolgreich gekittet werden. In Griechenland finden die Abspaltungen eher bei den Koalitionspartnern der konservativen ND (Nea Dimokratia) statt, also der Partei von Ministerpräsident Samaras. Vor allem die sozialdemokratische PASOK ist inzwischen in der Wählergunst fast marginalisiert. SYRIZA ist die einzige linke Partei in Europa, die es geschafft hat, in den Umfragen und Wahlergebnissen an die Mainstream-Parteien heranzukommen. Der Zuspbruch zu SYRIZA ist sicherlich nicht allein Zustimmung zu ihrem linken Programm, sondern auch Ausdruck von Protest, Verzweiflung und nackter Not angesichts der dramatisch verschlechterten Zustände in Griechenland. Sicherlich wird in einer solchen Situation selbst das beste linke Programm nur unvollständig zur Kenntnis genommen. Das ist natürlich auch problematisch, denn Verzweiflung kann sehr schnell in Resignation umschlagen, und das wäre das Aus für die politische Linke in Griechenland. Das lässt sich anhand des abgeschalteten früheren staatlichen Rundfunksenders ERT (Elliniki Radiofonia Tileorasi) beobachten. Zuerst gab es einen heftigen Widerstand mit Besetzung gegen die Schließung mit

einem Notprogramm. Doch nach der Räumung durch die Polizei am 7. November blieb es offenbar erstaunlich ruhig.

**Einen vergleichbaren kometenhaften Aufstieg hat sonst nur die „Fünf Sterne“-Bewegung von Beppe Grillo in Italien hingelegt. Manche spekulieren schon, ob sie sich im Europäischen Parlament der Linksfraktion GUE/NGL anschließen. Wie schätzt Du sie ein?**

Ich denke, dass die Eurokrise auch eine Rolle bei ihrem schnellen Aufstieg gespielt haben mag. Aber in erster Linie ist diese Bewegung ein Ausdruck der tiefen Krise des politischen System Italiens. Die Ära Berlusconi (2001-2006, 2008-2011) war gleichbedeutend mit einer erheblichen Entpolitisierung und einer beschleunigten Zerrüttung des politischen Systems. Beppe Grillo besetzt mit seiner „Anti-Politik“ eine Lücke, die auch die politische Linke hinterlassen hat. Es hat so viele Spaltungen, Verrenkungen und Eitelkeiten gegeben von den Gruppen, die aus der Erbmasse der kommunistischen Partei (PCI, Partito Comunista Italiano) entstanden sind. Zwischenzeitlich hat die Fünf Sterne-Bewegung auch wieder Niederlagen eingefahren. Geschadet hat ihnen wahrscheinlich auch ihr widersprüchliches Auftreten. Sie geben sich einerseits „netzdemokratisch“, tatsächlich werden sie aber autoritär von Beppe Grillo kontrolliert. Zudem sind die „Fünf Sterne“ weit entfernt davon, politische Alternativen zu formulieren. Sie sind zwar Ausdruck von Protest, aber wenn sie es dabei belassen, wird sie das nicht weit bringen, ähnlich wie die PIRATEN in Deutschland.

**Kann man überhaupt von einem gemeinschaftlichen Auftreten, von einer „Strategie“ der kapitalismuskritischen Linken in Europa sprechen?**

Bei den wichtigen linken Parteien gibt es durchaus starke Gemeinsamkeiten, vor allem in der Bewertung der Krisenpolitik. Spannender wird es hinsichtlich der Alter-





nativen: Geht die Gemeinsamkeit über Verlautbarungen hinaus? Das in Arbeit befindliche Regierungsprogramm von SYRIZA tut das meines Wissens tatsächlich und versucht ernsthaft Voraussetzungen für einen neuen, sozialen und ökologischen Entwicklungspfad für Griechenland zu formulieren. Das betone ich, weil es auch für uns relevant ist. Denn: Im „Marshallplan für Europa“-Vorschlag des DGB wird richtigerweise sinngemäß gesagt: „Wir können nicht FÜR EUCH (d.h., die Politik in den jeweiligen Mitgliedstaaten) Pläne für Investitionsprogramme für Eure Länder ausarbeiten. Das könnt Ihr nur selbst“.

Soweit ich weiß, hat bislang nur der italienische Gewerkschaftsbund CGIL (Confederazione Generale Italiana del Lavoro) diese Frage (implizit) mit ihrem wirtschaftspolitischen Entwurf für „Arbeit in Italien“, der sich auch mit solch großen Problemen wie Korruption und Ineffizienz des Staatsapparats auseinandersetzt, beantwortet. Zudem hat das Forschungsinstitut der griechischen Gewerkschaften die Perspektivlosigkeit des griechischen Wachstumsmodells der Vorkrisenzeit schon kritisiert, als dieses noch von der EU-Kommission bejubelt wurde, und arbeitet heute z.B. an regionalen Entwicklungskonzepten.

Von den Parteien allerdings ist mir nur SYRIZA bekannt, die sich mit dieser Ernsthaftigkeit auf die Gestaltungsfrage einlässt. Ich finde, es ist immer noch ein Defizit linker Parteien, dass sie nicht konsequent genug alternative wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklungspfade (um das Wort „Wachstumsmodelle“ zu vermeiden) ausarbeiten und diskutieren. Meine spanischen Kollegen zum Beispiel kritisieren in ihrem Beitrag zu meinem Buch dieses Manko mit Blick auf ihr Land ausdrücklich. Nur wenn es konsequente Arbeit an alternativen Entwicklungspfaden in den Krisenländern (und darüber hinaus) gibt, hat eine linke Reformstrategie auf EU-Ebene eine Chance. Man wüsste ja gar nicht, wohin die mit Hilfe von Eurobonds, Investitionsfonds u.ä. mobilisierten Mittel sinnvollerweise gehen sollten. Auf dieses Problem sollten Linke mehr Hirnschmalz verwenden, finde ich. Zum Beispiel gehen wichtige Anregungen in diese Richtung von der europäischen Stiftung transform!europe aus, die der Linken auf EU-Ebene nahesteht. Aber ich bin mir nicht sicher, wie intensiv diese Überlegungen in den Parteien der europäischen Linken wahrgenommen werden.

### **Aber waren nicht die Linken und kritische WirtschaftswissenschaftlerInnen immer wieder in solchen Fragen Vorreiter?**

Nach meinem vielleicht oberflächlichen Eindruck ist die Kritik an der herrschenden Politik in den meisten Ländern deutlich stärker entwickelt als die Erarbeitung von Alternativen, selbst dort, wo – wie in Frankreich – fortschrittliche Ökonomen eine weitaus größere Rolle in der Öffentlichkeit spielen als insbesondere in Deutschland. Ich fände es gut, wenn in der europäischen Linken an einer Kultur gearbeitet würde, die es ermöglicht, länderübergreifend solche Schwächen offen anzusprechen, damit sie schneller überwunden werden können. Denn die wechselseitige Abhängigkeit von Gewerkschaften und Linken hat durch den Euro und die Dynamik der Krise enorm zugenommen.

### **Du hast die Gewerkschaften als wichtige Akteurinnen angesprochen. Viele Linke beklagen, dass es kein abgestimmtes Vorgehen europäischer Gewerkschaften in der Lohnpolitik gegeben hat.**

Die Diskussion um Koordinationsschwierigkeiten unter europäischen Gewerkschaften ist sicherlich berechtigt, sie hat aber auch etwas künstliches. Der größte „Ausreißer“ bei der Lohnentwicklung war eindeutig Deutschland. Allerdings nicht, weil die Gewerkschaften das gewollt hätten. Ursächlich war vielmehr, dass das traditionellen „Geleitzug“-Prinzip bei Tarifverhandlungen wegen der Blockade der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen durch die deutschen Arbeitgeberverbände ausgehebelt wurde. Zugleich haben die Steuersenkungen die Tarifentwicklung im öffentlichen Dienst schwer belastet. Vor allem aber haben die sog. Arbeitsmarktreflexionen der Agenda 2010 diese Effekte verschärft, so dass die Effektivlöhne weit hinter den Tariflöhnen zurückgeblieben sind. Solange es in Deutschland diesen riesigen Niedriglohnsektor gibt, kann nicht mehr ohne weiteres vorausgesetzt werden, dass Tariflohnerhöhungen tatsächlich zu höheren Effektivlöhnen führen.

In Osteuropa ist die Situation noch viel schwieriger, dort haben die Gewerkschaften nur sehr geringen Einfluss. Sie leiden an einer geringen Tarifbindung und einem niedrigen Organisationsgrad. In Ungarn findet derzeit ein Frontalangriff der Regierung auf die Gewerkschaften statt, in Rumänien geschieht Ähnliches schon länger. Diese Konstellationen sind noch immer Spätfolgen der Ablösung des Staatssozialismus nach 1989 und der neoliberalen „Schockstrategien“, die darauf folgten. Vor diesem Hintergrund ist die Entwicklung in Polen mit dem gemeinsamen Protest beider Gewerkschaftsverbände im September 2013 bemerkenswert und ermutigend.

Für mich zeigen diese sehr unterschiedlichen Entwicklungen, dass eine Fokussierung auf europäische Tarifpolitik-Koordinierung zu eng ist. Genauso wichtig ist die Auseinandersetzung um elementare institutionelle Rahmenbedingungen für aktive Tarifpolitik in den einzelnen Ländern und die Durchsetzung eines europäischen Mindestlohns – natürlich nicht in gleicher Höhe für alle Länder, sondern nach einer gemeinsamen Formel. Ich halte es für wichtig, dass solche Fragen in der deutschen Linken ernster genommen werden. Denn Deutschland ist jetzt definitiv eine vorherrschende Kraft in Europa, aber die Herrschenden in Deutschland werden der damit verbundenen Verantwortung überhaupt nicht gerecht. Für Linke ist der Blick über den Tellerrand deshalb unverzichtbar.

### **Wir danken für das Gespräch.**

**Hinweis:** Im April 2014 erscheint im VSA-Verlag der Sammelband „Europa vor einem verlorenen Jahrzehnt?“ von Steffen Lehndorff mit zehn Länderstudien zu den Auswirkungen der Eurokrise.

# Gegen die Austerität in Europa – kämpfen wir für einen anderen Euro!

Die Forderung nach einem EURO-Ausstieg ist eine Flucht vor einer Neuausrichtung der Politik der EZB sagen **Paul Boccara, Frédéric Boccara, Yves Dimicoli, Denis Durand, Jean-Marc Durand und Catherine Mills**

Die Wut gegen die Austerität wächst überall in Europa und klagt das Versagen der politischen Entscheidungsträger an, die nacheinander die Unterordnung unter die Forderungen der Finanzmärkte fordern. Die Arbeitslosigkeit wütet und trifft auf brutale und massive Weise junge Menschen.

Das schreckliche gesellschaftliche Leid gibt Illusionen von trügerischer Radikalität Nahrung. Einerseits ist steht eine Mehrheit dagegen, aus dem Euro auszusteigen, wie es die Griechen selbst bestätigt haben. Es geht nicht darum, sich vereinzelt den Finanzmärkten und der entfesselten Spekulation auszusetzen. Andererseits dröhnt der Protest gegen die Anwendung des Euro, die so deutlich zugunsten der Herrschaft der Finanzmärkte und der großen Banken ausfällt. Daraus folgt für einige der Vorschlag, aus dem Euro auszusteigen.

François Hollande betont wiederholt, die Eurokrise sei beendet. Diese Einschätzung ist genauso fehlgeleitet und trügerisch wie das Versprechen, bis Ende 2013 bei der Arbeitslosigkeit in Frankreich die Wende zu schaffen.

Bei ihm, der schließlich versprochen hatte, dass er „im Falle (seiner) Wahl zum Präsidenten“ den Fiskalpakt von Merkozy „nachverhandeln“, „die EZB neu ausrichten“, die Finanzmärkte als seinen „Gegner“ angehen und „das Wachstum verteidigen“ wollte, ist die Verleugnung all dessen umso schädlicher, als Frankreich, zugleich herrschend und beherrscht, ein Weichensteller ist, um die Eurozone zu verwandeln. Hollande beugt sich den Forderungen Angela Merkels und der deutschen Finanzwelt und beteuert zugleich, französischen Interessen zu vertreten.

Angesichts dieser Hindernisse bemühen einige den Vorschlag, aus dem Euro auszusteigen. Das bedeutete aber letztlich, sich dem entscheidenden Kampf um eine andere Anwendung des Euro und der EZB zu entzie-

hen. Aus fünf gewichtigen Gründen handelt es sich dabei um eine demagogische und gefährliche Illusion.

1. Der Außenhandel Frankreichs leidet unter einem jährlichen Defizit von 60 bis 70 Milliarden Euro. Die Rückkehr zum Franc, die mit einer Abwertung in einer Größenordnung von 25% im Verhältnis zum Euro einherginge, würde automatisch eine Verteuerung unserer Importe in gleicher Höhe nach sich ziehen.

2. Das sei nicht so schlimm, sagt man uns daraufhin, weil dank Abwertung des Franc unsere Exporte schlagartig zunehmen. Aber das ist kaum abzusehen, wo doch überall auf absehbare Zeit das Wachstum gedrosselt bleiben wird. Man übersieht dabei, wie der davon erhoffte Anstieg preislicher Wettbewerbsfähigkeit französischer Exporte auf Kosten unserer südeuropäischen Nachbarländer ginge. Deutschland hingegen sähe seinen Außenhandelsüberschuss erhöht, weil die Abwertung der französischen Erzeugnisse die Importe seines wichtigsten Handelspartners verbilligt. Und all dies in einem Umfeld entfesselter Spekulation. Kurz: Es wäre das schlimme Überbietungsszenario von Abwertungswettläufen und Vergeltungszöllen, in dem sich die europäischen Länder gegenseitig zerreißen. Stattdessen muss die Austeritätspolitik infrage gestellt werden, mit einem Kampf um eine fortschrittlich, soziale Wachstumspolitik, die ein anderer Euro und eine andere, solidarische Anwendung der EZB ermöglichen würden.

3. Unsere Staatsschuld wurde seit den 1980ern stark internationalisiert. Heute wird sie zu 60% von nicht hier ansässigen Marktteilnehmern gehalten sowie Banken, Versicherungsgesellschaften, Pensionsfonds.... Die Rückkehr zum Franc zöge automatisch eine Verteuerung von 25% der 1140 Milliarden Euro Schuldtitel

nach sich, die außerhalb Frankreichs gehalten werden. In Franc ausgedrückt, würden die Zinszahlungen in die Höhe schießen, obwohl sie doch bereits ca. 50 Milliarden Euro pro Jahr in Anspruch nehmen! Hingegen erlaubte die Abwertung des Franc ausländischem Kapital, etwa aus Deutschland, zu günstigen Preisen nach unseren Produktivvermögen zu greifen.

4. Am wichtigsten aber ist, dass man bei einem Euro-Ausstieg das Feld räumt, auf dem um einen anderen Euro und eine solidarische Konstruktion der Europäischen Union gekämpft wird, zum Nachteil einer neuen Wachstumspolitik zugunsten der Bevölkerungen und nicht zuletzt zur Unterstützung der südeuropäischen Länder. Man ließe die historische Chance vorbeiziehen, die wirtschaftliche und soziale Situation in Frankreich, in Europa und weltweit zu verändern. Eine neue, solidarische Politik in der EZB würde sich auf Macht zur Geldschöpfung stützen, die die EZB besitzt. Während jedes europäische Land für sich allein nur ein begrenztes Potential besitzt, bietet der Euro mit der gemeinschaftlichen Geldschöpfung deutlich größere Möglichkeiten, denn diese beruht auf der Fähigkeit zur Reichtumserzeugung und der Kreativität von 322 Millionen Personen.

Stützen wir uns auf das Scheitern der heutigen Euro-Konstruktion nicht, um im Hinblick auf notwendige Veränderungen und Solidarität zwischen den Europäern zurückzufallen, sondern für eine neue Art von Wachstum und Entwicklung.

Fordern wir aufbauend auf den Protesten gegen die Austerität, den Stabilitätspakt und das Versenken der öffentlichen Dienste in Europa, dass die EZB direkt einen großen Aufschwung öffentlicher Dienste und ihres Zusammenwirkens in Europa finanzieren soll. Dazu soll jedes Land Schuldtitel ausgeben, die von der EZB gekauft werden. Dass Geld würde einem Sozialfonds zur solidarischen und ökologischen Entwicklung der öffentlichen Dienste zugewiesen, von diesem demokratisch

verwaltet und jedem Land anteilmäßig entsprechend seiner Bedarfe zugewiesen.

Fordern wir aufbauend um Kämpfe um Beschäftigung und Löhne, gegen die Kreditverkappung für die kleinen und mittleren Unternehmen, dass die EZB nicht weiter die Kredite an Spekulanten finanziert oder an Unternehmen, die Arbeitsplätze abbauen, prekärer machen oder verlagern. Fordern wir, dass sie Kredite für Sach- und Forschungsinvestitionen der Unternehmen zu einem noch niedrigeren Zinssatz, bis hin zu Nullzinsen oder darunter, finanziert, und dass diese Investitionen zu mehr Arbeitsplätzen und anständig bezahlten Ausbildungsplätzen führen, sowie zu ökologischem Fortschritt.

5. Auf weltweiter Ebene bliebe nur noch der Dollar als internationale Reservewährung, wenn man den Euro abschaffte. Dessen Vorherrschaft würde bestärkt. Die Dollar-Geldschöpfung ermöglicht den Vereinigten Staaten, ihre wirtschaftliche, kulturelle und militärische Herrschaft zu finanzieren. Sie erlaubt es ihnen auch, sich in ihrer eigenen Währung gegenüber dem Rest der Welt zu verschulden. China, Russland und die lateinamerikanischen Länder wollen sich von dieser Herrschaft befreien durch eine gemeinschaftliche Weltwährung, ausgehend von Sonderziehungsrechten des Internationalen Währungsfonds, wie es auch von Vertretern der PCF und im Wahlprogramm der Linksfront „Der Mensch zuerst!“ gefordert wird. Aber wie sollte man sein Gewicht in eine globale Verhandlung mit den Schwellenländern und gegen den US-Hegemon werfen, wenn der Euro verschwindet?

Man sieht also, dass eine andere Anwendung des Euro entscheidend nicht nur zu einem anderen Wachstum für sozialen Fortschritt in der EU beitragen kann, sondern auch zu einem grundlegenden Wandel auf weltweiter Ebene in geldpolitischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht.



# Der Euro und die Linke

Es gibt keine realistische Perspektive für die Reparatur der Eurozone sagt **Costas Lapavistas**



Der Euro ist das heikelste Thema der europäischen Linken in der aktuellen Krise. In den Jahren 2008/09 kam es zu einer gleichzeitigen, globalen Rezession, die von der Spekulation des Finanzkapitals im vorigen Jahrzehnt ausgelöst wurde. Die Linke war verblüfft, aber fand bald wieder Fassung und wartete mit vertrauten Forderungen auf: Nein zu Austerität, Kontrolle des Finanzsektors, Verteidigung der arbeitenden Bevölkerung. Doch in den Jahren 2010 bis 2013 wurden die Turbulenzen zu einer fiskalischen Krise, die die Eurozone unmittelbar bedrohte. Das stiftete bei der Linken aus zwei Gründen Verwirrung.

Zunächst offenbarte der Schock die scharfe Trennung zwischen Zentrum und Peripherie in der Europäischen Währungsunion (EWU). Die EWU ist hierarchisch aufgebaut und verletzt die demokratischen sowie souveränen Rechte der kleineren Nationen. Dennoch hatten viele in der Linken die Idee eines „europäischen Projekts“ zur Förderung der Solidarität und Demokratie durch die EU akzeptiert. Zweitens offenbarte der Schock die Probleme der europäischen Währungsarchitektur, und der Euro entpuppte sich als historischer Fehlschlag. Erneut hatten viele Linke geglaubt, dass der Euro die gute Verfassung des „Europäischen Projekts“ demonstrierte.

Die Verwirrung wurde noch größer, als sich die offizielle Strategie des Krisenmanagements in Berlin entfaltete. Der Peripherie wurden Kredite im Austausch gegen grausame Sparmaßnahmen sowie weitere Liberalisierung und Privatisierung angeboten. Die institutionelle Perspektiven der EWU wurde durch einen Fiskalpakt - der Sparmaßnahmen in Zentrum und Peripherie beinhaltete - gehärtet. Die Europäische Zentralbank (EZB)

wurde mobilisiert, um angeschlagene Banken mit Liquidität zu versorgen, jedoch auch um widerspenstige Staaten zu erpressen. Die Kosten für die Rettung der EWU wurden auf die Peripherie abgewälzt. Deutschland, als Zentrum des Zentrums, würde keine Anpassung vornehmen.

## Der Irrtum der Linken

Die Reaktion der Linken auf die Berliner Strategie war bestenfalls schwach. Nachdem sie realisierte, dass die EWU der Kern der europäischen Krise war, überwog der Ansatz, die „fehlerhafte“ Maschine der gemeinsamen Währung durch „technische“ Reformen zu reparieren: Eurobonds, Fiskaltransfers, Anleihekäufe der EZB etc. Die Linke protestierte ebenso gegen die vermeintliche, neoliberale Eroberung der EU-Politik, die das „europäische Projekt“ gefährde. Würde die neoliberale „Fehlentwicklung“ beseitigt, wäre das „europäische Projekt“ somit wieder auf Kurs.

Die Schwäche der Linken entspringt der Weigerung zuzugeben, dass das Scheitern des Euro auf Klassenbeziehungen gründet – statt „technischen Mängeln“ - und dass das „europäische Projekt“ aus denselben Gründen illusorisch ist. Die EWU dient den großen Banken und Konzernen in Europa, während die EU keine Allianz gleicher Partner ist. Die Wurzel der Probleme des Euro ist die schlichte Tatsache, dass das deutsche Kapital erfolgreicher bei der Disziplinierung seiner Arbeiter war als die meisten seiner Wettbewerber in der Eurozone. Deutsche Arbeiter wurden seit Anfang 2000 Lohnstopps bzw. schwerer Lohnzurückhaltung ausgesetzt, wodurch den deutschen Konzernen enorme Wettbewerbsvorteile verschafft wurden.

Deutschland dominiert den europäischen Markt über massive Handelsüberschüsse, die als Kredite an die Peripherie und in andere Regionen recycelt wurden. Die Peripherie, und zunehmend auch andere Kernstaaten, haben an Wettbewerbsfähigkeit verloren und daher Schulden angehäuft. Berlins Anti-Krisen-Maßnahmen gehen nicht das eigentliche Problem der Eurozone an, das heißt Deutschlands Politik gegenüber den Lohnabhängigen sowie anderen Ländern, sondern wälzt die Kosten der Krise auf die Peripherie ab. Die Berliner Politik verschlimmert jedoch die Situation: Die Gesellschaften der Peripherie sind hart getroffen und mit politischer Instabilität konfrontiert, während Frankreich und Italien weiter Wettbewerbsnachteile anhäufen, und ihre Wirtschaft sich nicht erholt. Der Euro ist daher noch weniger überlebensfähig als in 2010.

### Ein kontrollierter Euro-Ausstieg als beste Option

Es gibt keine realistische Perspektive zur Reparatur der Eurozone. Länder der Peripherie wurden bereits verwüstet und sind einer unbestimmten Zeit Stagnation ausgesetzt, wenn sie in der EWU verbleiben. Wie Frankreich und Italien stehen sie vor einer unmöglichen Wahl: Wenn die bisherige Politik fortgeführt wird, werden sie nicht signifikant wachsen, da sie sich gegen Deutschland nicht behaupten können, aber wenn sie Berlins Medizin der Austerität umsetzen, wird ganz Europa in die Depression gestürzt. In der Praxis wird die Eurozone auf absehbare Zeit Austerität, Massenarbeitslosigkeit sowie sozialen und nationalen Konflikten ausgesetzt. Vor diesem Hintergrund muss die Linke ihre Radikalität wieder gewinnen und Vorschläge unterbreiten, die im Interesse der Arbeitenden in Europa sind. Der erste Schritt bedeutet anzuerkennen, dass die EWU unwiederbringlich gescheitert ist.

Für Länder wie Griechenland, Portugal, Spanien und Irland wäre die beste Option ein kontrollierter und verhandelter Ausstieg aus dem Euro. Es besteht kein Zweifel, dass – entgegen wiederholter Behauptungen – ein Ausstieg machbar ist. Ein Ausstieg würde gleichwohl Probleme mit sich bringen: Erstens, im Bereich des Geldumlaufs, zweitens im Bankensektor und drittens bei der Neuausrichtung der Realwirtschaft. Keine dieser Probleme sind jedoch unüberwindbar. Die betreffenden Länder müssten den Schuldendienst einstellen und über einen Schuldenschnitt verhandeln. Kapitalverkehrskontrollen sowie Banken-Kontrollen wären erforderlich, die Verstaatlichung beinhalten müssten. All diese Schritte sind durchaus machbar, wie von der EU selbst im Falle Zyperns im März 2013 gezeigt wurde. Der inländische Zahlungsverkehr würde so schnell wie möglich mit elektronischem und physischem Geld ergänzt. Eine erhebliche Schwierigkeit, die soziale Mobilisierung erfordert, wäre die anfängliche Sicherung der Versorgung mit Öl, Medizin und Lebensmitteln. Mit Abstand die schwierigste Aufgabe wäre jedoch, einen Kollaps im Außenwert der neuen Währung zu vermeiden. Die neue Währung wür-

de sicherlich abwerten und somit die Wirtschaft ankurbeln, aber es ist wichtig, eine dramatische Abwertung zu verhindern.

Ein mit der EWU ausgehandelter Ausstieg ist besser. Wenn sich jedoch eine Übereinkunft als unmöglich erweist, sollte die Linke auch einen unilateralen Exit einzelner Länder vertreten. Die Kosten wären natürlich größer, aber der Ausstieg ist zur gesellschaftlichen und staatlichen Überlebensfrage der Länder der Peripherie geworden. Wenn der Austritt einmal vollzogen wurde, könnten die Länder der Peripherie gründlich restrukturiert werden durch Schutz von Beschäftigung und Rechte der Lohnabhängigen, Entwicklung einer Investitions- und Technologiestrategie sowie die Disziplinierung des Großkapitals. Ein anti-kapitalistischer und potentiell sozialistischer Entwicklungsweg für Europa könnte eröffnet werden.

### Der politischen Rechten entgegentreten

Auf der anderen Seite bestünde für die Kernländer die Herausforderung darin, die gescheiterten Mechanismen der EWU durch alternative Regelungen zu ersetzen. Das Ziel wäre, Wechselkurse zu steuern und im Umgang mit Handels- und Kapitalströmen grundlegende Solidarität zwischen den europäischen Nationen zu schaffen. Das Scheitern des Euro bedeutet nicht, dass Europa zu Abwertungswettläufen zurückkehren muss. Auf der Grundlage von Kontrollen könnte der Neoliberalismus zurückgedrängt werden, wodurch Terrain für die radikale Umgestaltung der europäischen Kernländer in Richtung höherer Beschäftigung, höhere Löhne und stärkerer Arbeitnehmerrechte entstünde. Wahrhafte Solidarität und Internationalismus könnten sich in Europa entwickeln.

Die Zeit ist knapp für die Linke. Die Rechte – einschließlich der extremen Rechten – hat in der Krise erheblich zugelegt. In der Peripherie hat die Rechte schnell verstanden, dass der Kern nationale Unterwerfung, die Zerstörung der Demokratie sowie ökonomische Verwüstung einfordert, um die EWU zu schützen. In den Kernstaaten hat die Rechte den als teuer wahrgenommenen Maßnahmen, um die „nutzlose“ Peripherie in der EWU zu halten, widersprochen. Die moderateren Elemente in Zentrum und Peripherie haben sich schließlich mit Berlins Strategie versöhnt, da jede andere Strategie für sie sozial und politisch riskant wäre. Durchaus verständlich hat die Rechte angesichts der schlimmen Lasten für die arbeitende Bevölkerung profitiert, indem sie mit Euroskepsis hausierte. Wenn die Linke keinen radikalen, anti-kapitalistischen Pfad vorschlägt, um das Scheitern der EWU zu bewältigen, könnte die extreme Rechte die Lücke füllen. Die Zukunft Europas sähe dann wirklich düster aus.

Übersetzung aus dem Englischen: Die Redaktion

## Interview

# „Wir erleben gerade Weltgeschichte“

Über das deutsche Inseldasein, die Funktion des Euros und den Zusammenhang von Lohnentwicklung und Krisen sprachen wir mit **Ulrike Herrmann**



**r+r: Sie haben im September ihr drittes Buch „Der Sieg des Kapitals. Wie der Reichtum in die Welt kam: Die Geschichte von Wachstum, Geld und Krisen“ veröffentlicht. Was hat Sie dazu veranlasst?**

Ulrike Herrmann: Ich glaube, dass die Europäer gerade Weltgeschichte erleben. Egal ob der Euro überlebt oder auseinanderbricht, wie immer es mit der Währungsunion weitergeht, das wird die Zukunft Europas prägen. Zudem habe ich die Sorge, dass durch das Missmanagement - vor allen durch Deutschland - der Euro auseinander krachen könnte. Die Tragik ist, wenn das passiert, Deutschland die größten Verluste hätte. Noch denken alle in Deutschland, sie würden sicher auf einer kleinen Insel sitzen, und nur die anderen Länder wären in Schwierigkeiten. Das Buch ist der Versuch, den Deutschen zu erklären, wie man es richtig machen müsste.

**Bei der Bundestagswahl 2013 spielte die Wirtschafts- und Finanzpolitik fast keine Rolle, wenn man von den diskutierten Steuererhöhungen absieht. Denken Sie, dass es bei der Europawahl anders sein wird?**

Meine Sorge ist, dass wir einen sehr nationalistischen Wahlkampf erleben werden, der durch AfD und FDP getrieben wird. Die FDP ist ein interessanter Fall. Sie ist aus dem Bundestag geflogen und sitzt eigentlich kaum noch in Landesparlamenten. Das ist für eine Partei brandgefährlich und auch viel gefährlicher als das, was den Grünen und der PDS passiert ist. Die waren zwischenzeitlich auch nicht im Bundestag. Aber sie waren in den Ländern verankert und hatten ein klares Profil. Die Grünen und die PDS mussten nur ein paar Fehler abstellen und waren wieder im Bundestag. Aus meiner Sicht ist es für die FDP eine Existenzfrage, ob sie bei der Europawahl über drei Prozent kommt. Die FDP hat

nicht nur das Problem, dass sie weder im Bund noch in den Ländern vertreten ist, sie hat auch kein zukunftsfähiges Programm. Der naheliegende Weg ist daher, nationalistische Töne anzuschlagen. Die AfD wird sowieso ihren populistischen Wahlkampf machen. Die FDP wird versuchen, auf dieser Welle mit zu reiten und der AfD die Stimmen wieder abzugraben.

**Manche Wirtschaftsliberale wie AfD-Sprecher Konrad Adam oder Hans-Werner Sinn schimpfen auch auf die Finanzmärkte. Was haben diese Leute denn am „Casino-Kapitalismus“ auszusetzen?**

Es ist schön, wenn auch rechte Kommentatoren finden, dass die Banken übertreiben. Nur was dann leider fehlt ist die Konsequenz. Auch Sinn oder Adam finden, dass Banken haften müssen. Aber das war auch schon alles. Man beklagt den Finanzkapitalismus, aber dann hat man keinen Einfall, was man dagegen tun könnte. Wenn aber Banken wirklich in der Lage sein sollen, ihre Verluste zu tragen, dann muss man das Eigenkapital auf 30% der Bilanzsumme hochsetzen. Nur: Von einem Eigenkapital lese ich bei Sinn und Adam nie etwas.

**Die AfD-Chefin Frauke Petry hat dem Handelsblatt gesagt, sie sähe Gemeinsamkeiten mit der Linken beispielsweise in der Ablehnung der „Bankenrettungspakete“. Gibt es Schnittmengen zwischen der linken Kritik an der Euro-Krisenpolitik und der rechten Kritik?**

Da ist zum einen die Idee, man könnte Banken pleite gehen lassen. Ich weiß nicht, wo alle waren, als Lehman Brothers pleite ging. Das war eine einzige Bank, die mit einer Bilanzsumme von 600 Milliarden Dollar nicht einmal groß war, und diese Bank hat gereicht, um die Welt in den Abgrund zu ziehen. Daraus sollte man lernen, dass - wenn Banken erst einmal pleite sind - man sie



BLOCKKUPY

RISE  
↑  
UP

CDU SOLI  
DARI  
VER TÄT  
BOTGLO  
JETZT BAL

NO  
TROIKA

STÖTZE  
AMSTERDÄM  
ALS  
POLITISCHES  
PROJEKT

MAKE  
CAPITALISM  
HISTORY

NIE DER  
TOD  
IN  
BANGLA

DERSTAND  
im





leider retten muss. Das scheinen einige Vertreter der Linken nicht verstehen zu wollen. Die richtige Idee wäre, das Eigenkapital bei den Banken hochzusetzen – wie gesagt, auf etwa 30 Prozent. Es wird immer gesagt, den Griechen wird nur geholfen, damit unsere Banken gerettet werden. Das wirkt unterschwellig nationalistisch, da „gutes deutsches Geld zum Fenster rausgeschmissen wird“. Ich glaube dass viele, die diese Art Kritik hören, denken, man könnte auf diese Hilfen verzichten. Das ist vielleicht nicht so gemeint, aber es wirkt tendenziell so. Leider muss man den Griechen aber helfen. Die Frage ist natürlich, wie man das am besten macht. Der schnellste Weg wäre, die griechischen Staatsschulden an die EZB auszulagern. Das wäre für alle das Günstigste.

**Bei einer Podiumsdiskussion mit linken Wissenschaftlern bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung im August in Köln, die Sie moderiert haben, erinnerte IG Metall-Vorstand Hans-Jürgen Urban daran, dass vor 20 Jahre viele Linke in Europa für den Euro waren. Die PDS hingegen protestierte im Bundestag dagegen mit dem Slogan: „Euro - so nicht!“. Können Sie das kurz für unsere LeserInnen aufklären? Hat sich von den Hoffnungen dieser Linken etwas erfüllt?**

Der Euro ist eine richtige Idee gewesen, und es war richtig, ihn einzuführen. Wenn der Euro auseinander brechen würde, würde man wieder versuchen, zu ei-

ner Währungsunion zu kommen. Es gibt zwei Gründe für den Euro. Wenn es keinen Euro gäbe, wären die Schwankungen zwischen den einzelnen Währungen in Europa mörderisch. Zum Beispiel würden Lira, Franc und Deutsche Mark ständig gegeneinander schwanken, und es wäre sehr leicht, gegen diese Währungen zu spekulieren. Das hat man beispielsweise in den 70er-Jahren gesehen. Kaum war das Währungsregime von Bretton Woods 1973 auseinander gebrochen, haben die Europäer begonnen, mit einer Währungsschlange, dem Europäische Währungssystem und allen möglichen Ideen zu experimentieren, wie man die Wechselkurse in Europa stabilisieren kann. Das war außerordentlich mühsam und funktionierte eigentlich gar nicht. Um sich also vor Spekulationen zu schützen, muss es einen großen europäischen Währungsraum geben.

Der zweite Grund ist, wenn es keine europäische Währung gibt, dann regiert die Bundesbank in Europa. Von 1973 bis 1999 waren alle anderen Länder gezwungen, ihre Währungspolitik an der deutschen auszurichten. Das ist per se ungerecht und hat auch nicht sonderlich gut funktioniert, weil natürlich die Interessen Deutschlands nicht automatisch die Interessen der anderen Länder waren.

Dieses Problem würde auch wieder auftauchen, wenn die Währungsunion auseinander bricht; also muss man irgendwie zu einer gemeinsamen Währung kommen, und das ist auch nicht so kompliziert. Es würde wahrscheinlich schon reichen, die Steuern, also Unternehmenssteuern, Mehrwertsteuer etc. zu harmonisieren. Und man müsste dafür sorgen, dass die Löhne mit der



Produktivität steigen. Damit wäre das Problem schon weitgehend gelöst.

**Sie verweisen recht häufig auf den Zusammenhang von Lohnentwicklung und Krisen. Können Sie das unseren LeserInnen kurz erklären, worin dieser Zusammenhang besteht.**

Das Lohndumping trägt in Deutschland den Namen Agenda 2010. Man hat die Arbeitslosen gezwungen, jeden Job anzunehmen, die Leiharbeit ausgeweitet, und gleichzeitig fehlte ein Mindestlohn. Dadurch sind die Reallöhne in Deutschland sehr stark gesunken - im Mittel von 2000 bis 2010 um 4,2%.

Aber warum hat man die Agenda 2010 erst unter Rot-Grün begonnen? Warum nicht schon 1990 oder 1992? Lohndumping lohnt sich nicht, wenn man eine eigene Währung hat. Hätte Deutschland die Agenda schon 1992 verfolgt, hätte man durch die niedrigen Löhne riesige Exportüberschüsse angehäuft, dadurch wäre die Mark im Vergleich zu anderen Währungen teurer geworden und die Lohnvorteile wären über Nacht weg gewesen. Doch weil der Euro mehrere Länder umfasst, reagiert er nicht, wenn ein einzelnes Land Lohndumping betreibt.

Länder, wie Frankreich, die alles richtig gemacht haben und ihre Löhne im Gleichklang mit Inflation und Produktivität angehoben haben, haben dadurch einen Wettbewerbsnachteil von 15 bis 20%. Wenn die Deutschen nicht aufhören mit dem Lohndumping und endlich die Löhne sehr stark nach oben korrigieren, dann werden Frankreich und Italien irgendwann aus dem Euro gedrängt.

**Sie haben des Öfteren darauf hingewiesen, dass es in Europa nicht nur einen Euro, sondern eigentlich 17 Euros gibt. Was meinen Sie damit?**

Es ist absurderweise so, dass ein griechischer Euro oder ein italienischer Euro nicht so viel wert ist wie ein deutscher Euro. Das kann man immer am deutlichsten sehen, wenn irgendwo Unsicherheit ausbricht. Angenommen, es gäbe wieder eine Krise in Italien, weil man nicht weiß, ob Italien im Euro bleibt oder nicht. Dann würden die italienischen Sparer sofort ihre Gelder nach Deutschland überweisen, damit sie dort sicher sind. Aus dem italienischen Euro würde ein deutscher Euro. Das ist nicht fiktiv. Beispielsweise bei den letzten großen Unsicherheiten vom Sommer 2011 bis zum Sommer 2012 sind eine Billion Euro so aus den Süden in den Norden gewandert. Eine andere Konsequenz zeigt sich bei den Zinsen. Eine Firma in Italien zum Beispiel, die genauso profitabel ist wie eine Firma in Deutschland, muss trotzdem höhere Zinsen zahlen, wenn sie einen Kredit aufnimmt – nur weil sie in Italien sitzt. Da sieht man, dass ein italienischer Euro nicht genauso viel wert ist wie ein deutscher.

Das ist natürlich hoch gefährlich, wenn man offiziell eine Währungsunion hat, aber praktisch die Euros der einzelnen Länder nicht gleichwertig sind. So wird die Währungsunion von innen gesprengt. Wenn man dies verhindern will, müsste man eine Bestandsgarantie für die Eurozone aussprechen. Es muss ganz klar sein: „Wir als Eurozone lassen nicht zu, dass eines unserer Länder pleitegeht“. Wenn es diesen einen Satz gäbe, wäre die Ungleichwertigkeit der Euros beendet. Die Zinsen wären harmonisiert, und die Griechen würden aufhören, ihr Geld nach Deutschland zu schaffen. Aber dieser eine Satz kommt nicht, sondern man überlegt, wie man insolvente Staaten in Europa abwickeln kann.

**Wie wird es die nächsten Jahre in Europa und mit dem Euro weiter gehen?**

Ich glaube, in den nächsten Jahren wird es weiterhin eine Rhetorik geben, dass es die anderen Länder machen sollen wie Deutschland. Gleichzeitig wird natürlich auffallen, dass das nicht funktioniert, und Deutschland wird pragmatische Zugeständnisse machen. Die EZB darf jetzt schon mehr, als die Deutschen sich jemals vorgestellt haben.

Das Problem ist: Die pragmatischen Zugeständnisse sind alle richtig und unvermeidlich, aber sie sind einfach zu wenig – immer nur so viel, dass der absolute Crash nicht übermorgen passiert. Das wird langfristig nur dazu führen, dass Europa in einer Rezession bei -0,5 % sitzt, kein Land so richtig in den Gang kommt, die Arbeitslosigkeit im Süden wahnsinnig hoch bleibt, sich nichts bessert oder bewegt. Das wird langfristig gefährlich. Das machen sich die Deutschen nicht klar. Wir sind ja hier selbstgenügsam und selbstgerecht auf unserer eingebildeten Insel. Aber im Süden herrscht Verzweiflung und Perspektivlosigkeit. Die Deutschen können sich nicht vorstellen, was in den anderen Ländern los ist.

**Wir danken für das Gespräch.**

Die Fragen stellte Juliane Pfeiffer.

# Europa aus migrationspolitischer Perspektive

Über die Militarisierung der Flüchtlingspolitik und europäischen Nützlichkeitsrassismus schreibt **Özlem Alev Demirel**



26 Angesichts der Finanz- und Währungskrise in mehreren EU-Mitgliedstaaten werden andere Themen der europäischen Politik in der Regel eher in den Hintergrund gedrängt. Eines kommt eigentlich nur unter tragischen Umständen ans Licht der Öffentlichkeit: die Politik der EU gegenüber Migrantinnen und Migranten im Allgemeinen und gegenüber Flüchtlingen im Besonderen. Der Nützlichkeitsrassismus und die menschlichen Tragödien, die bei dieser Migrationspolitik vorprogrammiert sind, sagen viel über den Geist der Institution EU aus.

Jüngstes und wohl bekanntestes Beispiel für die unmenschliche EU-Flüchtlingspolitik ist der tragische Tod von mehr als 400 Menschen im Oktober 2013 vor der italienischen Insel Lampedusa. Flüchtlinge aus verschiedenen Staaten Afrikas wollten auf europäischem Boden einen Neuanfang für sich und ihre Familien wagen. Doch die meisten von ihnen haben die „Festung Europa“ nicht erreicht. Sie sind nun nur noch Zahlen in der Statistik der menschenverachtenden Grenzpolitik Europas. Schätzungsweise 19.000 Menschen haben in den letzten 25 Jahren ihr Leben an den Grenzen Europas verloren. Sie sind Opfer einer rigorosen Abschottungspolitik der EU, die durch eine eigene Agentur (Frontex) abgesichert wird. Nach einer Phase der öffentlichen Trauer reagierte Europa. Doch anstatt der Frage nachzugehen, wie Menschenleben gerettet werden können und für Flüchtlinge ein menschenwürdiges Leben gewährleistet werden kann, wird nur darüber diskutiert, wie Flüchtlingsströme nach und Aufenthalt von Flüchtlingen in Europa verhindert werden könnten.

Auch auf anderer Ebene wird Migration nur unter schlimmen Umständen von einer breiten Öffentlichkeit

diskutiert. In Deutschland bleiben die Jahre 1992 /93 in schrecklicher Erinnerung. Damals wurden brutale Brandanschläge auf Asylbewerberheime und Häuser von Einwandererfamilien in Deutschland verübt. Menschen starben, andere sind (wahrscheinlich ein Leben lang) traumatisiert und viele haben Angst um ihr Leben und um die Zukunft ihrer Familien. Deutschland reagierte unverzüglich. Aber nicht durch eine Stärkung der Situation der Flüchtlinge, sondern – nach der öffentlichen Trauer – durch die de facto-Abschaffung des Rechts auf Asyl.

Nicht anders reagiert auch die EU auf das tragische Bootsunglück vor Lampedusa. Angeblich geht es dabei immer um Prävention. „Prävention“ ist ein positiv besetztes Wort. Doch weder die Auslegung durch die deutsche Regierung, noch die der Europäischen Union ist positiv. Denn mit Prävention ist nicht gemeint, dass die Situation der Menschen in ihren Herkunftsländern so verbessert werden soll, dass sie sich nicht zur Flucht gedrängt sehen. Stattdessen sollen Flüchtlinge noch einfacher direkt beim Auslaufen ihrer Boote auf das Meer abgefangen werden. So soll Frontex nun das Recht haben, Flüchtlinge bereits auf hoher See abzuschleppen und dabei stärker mit dem Militär verzahnt werden, um Flüchtlingsboote „rechtzeitig“ aufspüren zu können.

Diese Militarisierung der Flüchtlingspolitik ist ein gesellschaftlicher Skandal, gegen den es kaum öffentlichen Widerspruch gibt. Das Perfide daran ist, dass gerade Militarisierung und die Rüstungspolitik Europas wesentliche Gründe für die Flucht vieler Menschen aus ihren Herkunftsländern nach Europa sind. Es sind nicht

zuletzt die Waffenexporte Deutschlands und der EU, ohne die (Bürger)kriege kaum geführt werden könnten. Darüber hinaus sorgt auch die Wirtschafts- und Handelspolitik der EU dafür, dass viele Herkunftsländer der Flüchtlinge keine eigene wirtschaftliche Stärke und keine Industriepolitik entwickeln können, und dass Bauern und Viehhirten die Grundlage für eigenständige Agrarpolitik entzogen wird.

Diese Widersprüche der EU reichen weiter und treffen auch die Migrantinnen und Migranten, die bereits in der EU leben oder die innerhalb der EU migrieren. Immer stärker steht in der Debatte um Einwanderung die Frage im Mittelpunkt, ob Einwanderer dem Wirtschaftsstandort „nutzen“ oder nicht.

Es ist grotesk, dass Deutschland und die EU auf der einen Seite im „Kampf um die besten Köpfe“ (eigentlich im Kampf um den größten wirtschaftlichen Aufschwung) immer wieder darüber diskutieren, wie man hochqualifizierte Kräfte aus anderen Ländern abwerben kann, und auf der anderen Seite diese geflüchteten Menschen als große Last brandmarken und ihnen den Zugang verwehren.

Dieser Nützlichkeitsrassismus im Inneren wie im Äußeren wird immer offener vertreten. Eine gezielt nach Wirtschaftsinteressen ausgerichtete Migration wird durchaus gefördert. Mit der sog. Dienstleistungs- oder Bolkestein-Richtlinie und ähnlichen Initiativen soll der Strom der „billigen Arbeitskräfte“ bewusst ermöglicht werden, damit Löhne gedrückt und Profite gesteigert werden können. Nicht gewollt sind diejenigen Migrantinnen und Migranten, die nicht direkt für wirtschaftliche Interessen „verwendet“ werden können.

Aktuell werden europaweit rassistische Ressentiments gegen Roma und Sinti geschürt, was in einigen Ländern bereits zu massiven Übergriffen geführt hat. So befeuern Politiker der verschiedenen Länder mit hetzerischen Aussagen gegen angebliche „Nutznießer“ der europäischen Sozialsysteme und gegen „Armutsmigration“ die Vorurteile und sorgen für Akzeptanz für diesen Nützlichkeitsrassismus.

Der deutsche Innenminister hat mit seinen Äußerungen über „Armutsmigration“ die Stimmung gegen Sinti und Roma geschürt. Er war es auch, der ein Quotensystem für eine geregelten Einwanderung und Verteilung von Flüchtlingen verhinderte, das nach dem letzten tragischen Unglück gefordert wurde.

Diese Politik findet sich auch im Koalitionsvertrag von Schwarz-Rot für die Legislaturperiode 2013-2017. Dort heißt es schönfärberisch, man wolle „Bosnien und Herzegowina, EJR Mazedonien und Serbien als sichere Herkunftstaaten (...) einstufen, um aussichtslose Asylansprüche von Angehörigen dieser Staaten schneller bearbeiten und ihren Aufenthalt in Deutschland schneller beenden zu können“. Diese Änderung wird dazu führen, dass Roma, Sinti und andere Minderheiten noch schneller abgeschoben werden können, obwohl sie in den Westbalkanstaaten massiv von Ausgrenzung und Rassismus betroffen sind.

Linke Politik muss klar dagegen halten. Nicht die Migrantinnen und Migranten sind das Problem, sondern die von Wirtschaft und Politik erzeugte Armut inner- und außerhalb der EU. Doch diese Armut gehört offensichtlich zum Regelwerk der EU...



# Klassenkämpfe in Polen: Gewerkschaftlicher Aufbruch und neue Linkspartei gegen neoli- beralen Kapitalismus

Polen ist das Land der totalen Gegensätze, die Schere zwischen Arm und Reich geht am weitesten auseinander. Aber es gibt Widerstand sagt **Susanne Kramer-Drużycka**

Die Lebenswirklichkeit in Polen sieht völlig anders aus, als es die glänzenden Postkartenmotive der polnischen Hauptstadt oder Erfolgsgeschichten vom „Wirtschaftstiger Osteuropas“ vermuten lassen.

Weit weniger bekannt, aber an der Tagesordnung sind Zwangsräumungen, auch im Zuge gezielter „Säuberungen ganzer Wohngebäudekomplexe“ im Spekulationsinteresse der Besitzer. Seit einer 2012 verabschiedeten Gesetzesnovelle sind sie auch in den kalten Wintermonaten noch zulässig. Dagegen mobilisieren junge Aktivist:innen zu frühmorgendlichen Blockaden vor Ort über Mietervereine und die „Kanzlei für Gerechtigkeit“, allen voran Piotr Ikonowicz. Der sozialistische Jurist musste Ende Oktober 2013 sogar eine Haftstrafe antreten, weil er vor Jahren zur Verhinderung einer Zwangsräumung (es ging um ein über 70-jähriges Ehepaar, das nicht wusste wohin) angeblich handgreiflich geworden sei. Seine Kanzlei hat in etlichen Fällen Betroffenen mit unentgeltlicher Rechtsberatung gegen Zwangsräumungen unterstützt.

Ähnlich rechtlos sind die an den Rand Gedrängten auf dem Arbeitsmarkt des knallharten polnischen Kapitalismus. Der 23-jährige Krakauer Maurer Robert Barszcz etwa beschloss, für bessere Arbeitsbedingungen in die Hauptstadt zu gehen. Dort arbeitete er für 10 Złoty die Stunde schwarz plus Unterbringung, bis er im September 2013 endlich eine bessere Stelle gefunden hatte. Daraufhin kündigte er und forderte seinen Restlohn. Sein Chef und dessen Stellvertreter verlangten von ihm, in einem Waldstück ein Grab zu schaufeln, er weigerte sich jedoch und wurde mit einer Axt lebensge-

fährlich verletzt, verlor einige Finger. Weil es ihm unter letzter Anstrengung gelingt, sich zur nächsten Straße zu schleppen, kann er überhaupt gerettet werden. Iiterweile sind gewalttätige Übergriffe von Arbeitgebern leider keine Seltenheit mehr.

## Land der sozialen Spaltung

Polen ist das Land der totalen Gegensätze, hier geht die Schere zwischen Arm und Reich am weitesten auf. Die Mieten auf dem freien Wohnungsmarkt sind horrend: Für eine 1-ZKB-Wohnung ist eine Kaltmiete von 1.600 Zł zu veranschlagen (4,2 Zł = 1 EUR), dabei sind die Lebenshaltungskosten vergleichbar mit denen in westeuropäischen Ländern. Der monatliche Durchschnittsbruttolohn liegt laut Statistik derzeit landesweit bei knapp 3.800 Zł (=904 EUR), allerdings mit deutlichen regionalen Unterschieden.

Das soziale Gefälle verläuft auch durch die Berufsgruppen. Das Grundgehalt in der Krankenpflege liegt bei 2.200 Zł (523 EUR), das einer Lehrkraft beträgt aktuell 3.109 Zł (740 EUR) brutto (aber ab der höchsten Beförderungsstufe), das eines Verkehrspolizisten durchschnittlich 3.140 Zł (747,6 EUR). Ab 2014 soll der gesetzlich festgelegte Mindestlohn 1.680 Zł (400 EUR) monatlich betragen. Gewerkschaften fordern die Einführung eines Mindeststundenlohns von 11 Zł oder 2,62 EUR, das Arbeitsministerium prüft dessen Einführung in Höhe von 10 Zł (2,38 EUR). Die Arbeitslosenhilfe wird meist nur ein halbes Jahr lang gezahlt, nach mindestens fünf Arbeitsjahren gibt es pauschal drei Monate lang je 823,60 Zł (196 EUR), weitere drei Monate je 646,70 Zł (154 EUR). Spätestens danach fällt man



durch die Maschen des sozialen Netzes und landet bei fehlendem Familienrückhalt auf der Straße, denn eine Mindestsicherung gibt es faktisch nicht.

Die Arbeitslosigkeit betrug im September 2914 landesweit offiziell 13% mit einigen regionalen Unterschieden. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei 26,3%. Viele resignieren angesichts mangelnder Perspektiven auch für junge Akademiker im Heimatland (unbezahlte Praktika, Beschäftigung über sog. „Müllverträge“ für Hungerlöhne) und entscheiden sich, ihr Glück anderswo zu suchen. Zum Wechsel des Wohnsitzes auch ins Ausland sind 70% der jungen Polinnen und Polen bereit. Im Hinblick auf die gesamte Bevölkerung zieht beinahe jede/r Dritte die Arbeitsmigration in Betracht. Die Liste gewünschter Ziele wird von Deutschland angeführt, gefolgt von Großbritannien, Skandinavien, Spanien und den Niederlanden. Dies hat die massenhafte Abwanderung mitunter hochqualifizierter Arbeitskräfte zur Folge, spürbar besonders auch im Gesundheitswesen. Statistiken zufolge leben mittlerweile über 2 Mio. polnische Bürger im Ausland.

### Die neoliberal-kapitalistische „Schocktherapie“ wirkt nach

Diese Entwicklungen sind die Spätfolgen der seit 1989 mit dem 1. „Balcerowicz-Plan“ über Nacht eingeführten, kapitalistischen Marktwirtschaft ohne soziale Sicherungen. Damals herrschte weitgehende Akzeptanz gegenüber dieser Marschrichtung, es galt die Parole: „Wenn

wir jetzt geduldig Verzicht leisten, wird es uns allen in ein paar Jahren gut gehen“. Diese Rechnung ging bis heute leider nicht auf, denn keine der seit 1989 regierenden Koalitionen, ob rechts oder links, gab diesem Wirtschaftssystem eine sozialere Ausrichtung.

Doch es regt sich vermehrt Widerstand in „Tuskoland“. Es herrscht enorme Politikverdrossenheit angesichts unzähliger Korruptionsaffären, nicht eingehaltener Wahlversprechen und der allgemeinen Hilflosigkeit auch im Hinblick auf die demografische Entwicklung. Die drei bislang stets gegeneinander konkurrierenden Gewerkschaftsverbände OPZZ, Solidarnosc und Forum schlossen sich im Juni überraschend, aber folgerichtig zusammen, um bis zur Erfüllung ihres gemeinsamen Forderungskatalogs den Boykott der „Dreierkommission“, d.h. dem Dialoggremium von Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften und Regierung anzukündigen. Als eine entsprechende Reaktion seitens der Regierung ausblieb, riefen sie zur Großdemonstration am 14.09.2013 in Warschau auf – es marschierten 200.000 Leute aus dem ganzen Land, unter Applaus vom Passanten und Anwohnerschaft, weitere Protestkundgebungen folgten. Gerade jetzt brauchen die geeint agierenden polnischen Gewerkschaften die tatkräftige Unterstützung ihrer europäischen KollegInnen bei der Durchsetzung von sozialen Mindeststandards auch in Polen, das die europäische Grundrechtecharta bis heute nicht unterzeichnet hat.



Bleibt Tusks Bürgerplattform PO bei ihrer gleichgültigen Haltung, wird es wohl weitere Proteste geben oder sogar Streiks. Reguläre Wahlen sind erst 2015. Derzeit führt die oppositionelle Kaczyński-Partei vor der PO die Umfragen an.

### Und die polnische Linke?

Leszek Millers Bündnis linker Demokraten SLD hat, selbst seit 1989 zwei Mal in der in Regierungsverantwortung (zuletzt 2001-2005), eine ähnlich unsoziale Politik gemacht wie die deutsche Partnerpartei SPD unter Gerhard Schröder, von den Kriegseinsätzen, z.B. im Irak ganz zu schweigen. Die SLD wehrt sich gegen das Stigma als „Postkommunisten“ und versucht sich nun ein moderneres, jüngeres Image des Fortschritts zu geben. Das wirkt kaum glaubwürdig, denn Mitgliederbefragungen zeigen eine mehrheitlich wertkonservative und sogar gewerkschaftsfeindliche Stimmungslage. Die SLD ist mit über 8% fünftstärkste Kraft im Parlament. Drittstärkste Fraktion im Sejm ist die „Deine Bewegung = Du bist am Zug“ (TR - Twój Ruch), die zunächst nach ihrem Gründer und einstigem „enfant terrible“ der PO Janusz Palikot benannt war. Noch ist nicht klar, ob sie zur linken Kraft im politischen Spektrum werden möchte. 2012 stimmte ein Teil der TR-Fraktion für die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67, dieser Makel haf-

tet ihr seither an. Immerhin fördert Palikot die „Kanzlei für Soziale Gerechtigkeit“ Piotr Ikonowicz und wird im Gegenzug von ihr in sozialpolitischen Fragen beraten. Unter den Abgeordneten sind mehrere mit eindeutig linker Weltanschauung, die auf vorderen Listenplätzen ins Parlament gelangten: Anna Grodzka, Wanda Nowicka und Robert Biedro, die allesamt das Streben nach rechtlicher Gleichstellung und sozialer Gerechtigkeit verkörpern. Anna Grodzkas Parlamentariergruppe „FAIRE Gesellschaft“ bietet regelmäßig Möglichkeiten zu einem Austausch zu linken Ideen. Am Tag der Warschauer Großdemo stellte die TR im Sejm eine Vorlage zur Novellierung eines sozialeren Arbeitsgesetzes vor. Von Anfang an hat die TR eine Frauen- und eine Jugendsektion eingerichtet und war erfolgreich um die Einrichtung von landesweiten Strukturen und Bündnisse mit lokalen NGOs bemüht. Gerade unter JungwählerInnen ist die TR mit ihrem unkonventionellen Auftreten, einer ganz neuen Art die Dinge zu sehen und zu benennen, einem antiklerikalen Programm eine beliebte Protestpartei und dürfte auch in Zukunft ein relevanter Politikfaktor in Polen sein, mit dem es zu sprechen lohnt. Zur Europawahl tritt die TR u.a. mit namhaften SLD-Abtrünnigen unter dem Bündnisschirm „Europa +“ an.



# Der beste Deal, den das Kapital sich wünschen kann

Warum das Freihandelsabkommen zwischen EU und USA verhindert werden muss erläutert **Alban Werner**

Es sind wenige Sätze - aber Sätze, die viel bedeuten können. Im Regierungsprogramm 2013-2017 der CDU/CSU heißt es knapp: „Freier Handel stärkt den weltweiten Wohlstand. CDU und CSU lehnen Handelsbeschränkungen ab und wollen den internationalen Freihandel stärken (...).“ Folgerichtig unterstützen die Unionsparteien den Plan einer transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (Transatlantic Trade and Investment Partnership, kurz TTIP), die Grundlage einer späteren transatlantischen Freihandelszone sein soll (Trans-Atlantic Free Trade Agreement, kurz TAFTA). Diese Pläne finden „die ausdrückliche Unterstützung“ im aktuellen SPD-Regierungsprogramm- und so wurden sie dann auch erfolgreich im Vertrag zur Bildung der dritten Großen Koalition („GroKo“) verankert.

Dass Freihandel immer zum Wohlstand beiträgt, gehört zu den unerschütterlichen Glaubenssätzen neoliberaler Ökonomen. Es hat aber leider wenig mit der historischen und heutigen Wirklichkeit zu tun. Historisch haben die heute mächtigsten Industriestaaten ihre Wirtschaftszweige zunächst unter Schutzbarrieren aufgebaut und erst danach für den internationalen Wettbewerb geöffnet. Wird ein Branche zu schnell der Weltmarktkonkurrenz ausgesetzt, findet sie sich bald „in Grund und Boden konkurriert“ und das fragile Land kann seinen Bedarf an den benötigten Gütern nur noch durch die Importe aus anderen Ländern abdecken. Deswegen haben linke Regierungen in der Dritten Welt und Solidaritätsbewegungen immer zu Recht dem neoliberalen Mainstream entgegengehalten: „Freihandel ist der Protektionismus der Starken!“. Eine ähnliche Erfahrung mussten auch viele Wirtschaften der ehemaligen staatssozialistischen Länder machen, die dem Weltmarkt ausgesetzt keine Chance bekamen, auf ein wett-

bewerbsfähiges Niveau aufzuschließen. Bei genauerem Hinsehen sind die Hoffnungen, die in das Freihandelsabkommen gesetzt werden auch ganz anderer Art als öffentlich dargestellt. Selbst in ihren eigenen Papieren zum Abkommen spricht die EU-Kommission von einem erhofften, freihandels-getriebenen Zusatzwachstum von lediglich 0,27%-0,48% des BIP der EU! Schon jetzt beeinflussen nur wenige „tarifäre Handelshemmnisse“, sprich Zölle den Handel zwischen EU und USA. Auf US-amerikanischer Seite liegen sie durchschnittlich bei 3,5%, auf europäischer bei ca. 5,3%. „Aber!“, werden manche Befürworter entgegenen, man müsse die Wohlstandsgewinne im unter 1%-igen Bereich des Wirtschaftswachstums auf die gesamte EU hochrechnen. Auch das ist ein Scheinargument, denn mögliche Wohlfahrtsverluste werden in den Berechnungsmodellen der neoliberalen Ökonomen gar nicht berücksichtigt. Wie selbstverständlich wird davon ausgegangen, dass die Arbeitslosigkeit vor und nach Einsetzung des Abkommens unverändert bleibe. Das ist wenig überzeugend für die Mehrzahl der Gesellschaften in Europa, die durch Standortschließungen, -verlagerungen und -verkleinerungen in etlichen Branchen Arbeitsplätze verloren haben und denen durch die Regeln des EU-Binnenmarktes wichtige industriepolitische Instrumente gar nicht mehr erlaubt sind. Das Abkommen ist auch kein Mittel, um die verheerende Arbeitsplatzvernichtung in den europäischen Krisenstaaten abzufedern. Seriöse Berechnungen gehen vielmehr davon aus, dass in Spanien den nahezu 600.000 jährlich krisenbedingt verlorenen Arbeitsplätzen gerade einmal 10.000 neue durch TTIP neue gegenüberstünden- sofern sie tatsächlich kämen. Man muss – wie oft in der Politik – die Frage stellen: „Cui bono“- wem nützt es? Und beim geplanten

Freihandelsabkommen wird man der Nutznießer schnell fündig. Lori Wallach schrieb treffend in »Le Monde Diplomatique«: „Die Politiker beider Seiten, die das TAFTA-Projekt betreiben, räumen auch ohne weiteres ein, dass es nicht in erster Linie um Zollsenkungen geht, sondern vielmehr um ‚die Beseitigung, Reduzierung oder Verhinderung unnötiger, nicht tarifärer Handelshemmnisse‘ - womit alle Handelsbeschränkungen gemeint sind, die es über Zölle hinaus noch geben mag“. Banken und Großkonzerne wären tatsächlich die großen Gewinner auf beiden Seiten des Atlantiks bei einem solchen Abkommen. Ihre Lobby drängt auf die Einbeziehung sog. „nicht handelsbezogener“ Bereiche in das Abkommen. Alexander Ulrich wies für die Linksfraktion im Bundestag darauf hin: „Abgesehen von der Ausnahme ‚audiovisueller Medien‘ kommt alles auf den Verhandlungstisch – von Umweltstandards über Arbeitnehmerrechte, Gesundheitsversorgung und Verbraucherschutzregeln bis hin zur Finanzmarktregulierung. Stets mit dem Ziel, Standards zu harmonisieren, also auf den kleinsten gemeinsamen Nenner runterzuschrauben. Insofern sind der Phantasie bezüglich möglicher Konsequenzen kaum Grenzen gesetzt. Werden Umwelt- und Verbraucherschutzstandards auf US-Niveau gesenkt, könnten sich gentechnisch veränderte Nahrungsmittel bald ungekennzeichnet neben Chlorhühnern in europäischen Supermarktregalen finden. Werden die Arbeitnehmerrechte entsprechend gesenkt, wird die gewerkschaftliche Organisation womöglich bald politisch erschwert werden. Die USA haben wichtige ILO-Normen, die das Recht auf die Organisation von Arbeitnehmern festschreiben, nicht anerkannt und verfolgen in Teilen des Landes eine extrem gewerkschaftsfeindliche Politik. Umgekehrt könnten die jüngsten Finanzmarktregeln der US-Regierung im Rahmen der Freihandelsverhandlungen wieder abgeschafft werden. Die EU drängt auf eine neue Welle der Finanzmarkt-Deregulierung“.

Daneben steht im Mittelpunkt die Errichtung sogenannter Schiedsgerichte, vor denen Unternehmen Regierungen auf entgangene oder künftig erwartete Gewinne verklagen könnten, die (angeblich oder tatsächlich) durch „übermäßige Regulierung“ geschmälert werden. Einen ähnlichen Mechanismus hatten westliche Regierungen schon beim multilateralen Investitionsabkommen (MAI) geplant, dass glücklicherweise durch den erbitterten Widerstand der globalisierungskritischen Bewegung und linker Regierungen zu Fall gebracht werden konnte. Doch jetzt, wo die Welt noch unter den Folgen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise ächzt und linke Gegenkräfte an vielen Orten geschwächt sind, erscheint den regierenden Eliten die Zeit reif für einen neuen Angriff. Setzt sich die Politik des Freihandelsabkommens durch, bekommen US-amerikanische und europäische Unternehmen eine tödliche Abrissbirne zur Verfügung, um – auch linke! – demokratische Regierungen „handzahn“ gegenüber ihren Interessen zu machen. Sämtliche Unternehmen, die auf beiden Kontinenten Geschäfte verfolgen, können jeweils mit Anrufung der o.g. Gerichte drohen, um gegen Handelshemmnisse und nicht handelsbezogene Regulierungen zu klagen. Langfristig

werden Regierungen von vornherein auf anspruchsvolle Regulierungen zum Schutz der Umwelt und Arbeitskräfte, auf Sozialstandards, Antidiskriminierungsregeln oder Sicherung der „informationellen Selbstbestimmung“ im Internet verzichten, weil sie sonst erhebliche Strafzahlungen befürchten müssen. Denn: Ausgangspunkt für die Berechnungen der Unternehmen ist immer der Standort mit der geringsten Regulierungsdichte. Aus Sicht eines kapitalistischen Unternehmens bedeutet jede Regulierung einen Mehraufwand und damit Minderung seiner Profite – ganz egal, was durch die demokratisch beschlossene Regulierung geschützt werden soll. Es ist zwar gut, dass auf Druck aus Frankreich audiovisuelle Medien vom Geltungsbereich des Abkommens ausgenommen werden sollen, aber dies ist lange nicht ausreichend. Auch einzelne „Verbesserungen“ des Abkommens durch Ausnahmetatbestände oder das Festhalten bestimmter sozialer und ökologischer Standards (so die Forderung von SPD und Grünen) sind keine wirksame Strategie. In beiden Fällen nämlich bleibt die Grundausrichtung des Abkommens bestehen, das die Beweislast gegen demokratische Regierungen umkehrt und damit jeden Eingriff in die freie kapitalistische Betätigung der Unternehmen unter einen Generalverdacht stellt. Deswegen sollten Linke in allen Parteien, GewerkschafterInnen, Sozial- und Umweltbewegungen sich den Bemühungen der GlobalisierungskritikerInnen gegen TTIP/TAFTA mit aller Kraft anschließen. Dafür ist der Wahlkampf vor dem 25. Mai 2014 eine ausgezeichnete Gelegenheit. Denn nicht nur das Europäische Parlament, sondern auch kommunale Parlamente und Vertretungen werden in zehn Bundesländern an diesem Tag gewählt. Die Kommunen als das unterste Glied der Kette in unserer Demokratie würden durch das geplante Abkommen bis zum Ersticken geknebelt. Dass sie auf Schutz ihrer Privatsphäre, der Umwelt und der Arbeit verzichten sollen, wird man den allermeisten Menschen in Europa nicht länger einreden können, wenn die Folgen des Abkommens erst einmal für alle sichtbar und öffentlich gemacht werden. Die LINKE hätte dann Gelegenheit für eine faire Handelsordnung für Europa in der Welt zu streiten, gegen die Gewalt freier Märkte. Ein anderer Handel ist möglich!



# Autorinnen und Autoren

**Fabio De Masi** wurde vom Bundesausschuss der LINKEN auf Platz 6 der Vorschlagsliste für die Wahlen zum Europäischen Parlament nominiert. Fabio studierte Volkswirtschaft, Internationale Beziehungen sowie internationale Volkswirtschaft in Hamburg, Kapstadt (Südafrika) und Berlin. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter von Sahra Wagenknecht und Dozent für Volkswirtschaft an der Hochschule für Wirtschaft Recht.

**Özlem Alev Demirel** ist die Bundesvorsitzende der Föderation demokratischer Arbeitervereine (DIDF). Sie sprach vor tausenden DemonstrantInnen zum Abschluss der „Umfairteilen“-Demonstration in Bochum eine Woche vor der Bundestagswahl 2013.

**Klaus Dräger** war Fraktionsmitarbeiter bei der Linksfraktion im Europäischen Parlament im Bereich Arbeit und Soziales. Er veröffentlichte vielfach zur Wirtschafts- und Sozialpolitik u.a. in den Zeitschriften „Sozialismus“ sowie „Prokla“ und arbeitete mit am „Euromemorandum“.

**Jules El-Khatib, Daniel Kerekeš und Jasper Prigge** sind Mitglieder des LandessprecherInnenrates der Linksjugend [‘solid] NRW

**Ulrike Herrmann** ist seit 2000 Wirtschaftskorrespondentin der tageszeitung („taz“). Sie ist bekannt durch Buchveröffentlichungen wie „Hurra, wir dürfen zahlen. Der Selbstbetrug der Mittelschicht“ (Westend Verlag, Frankfurt am Main, 2010) und zahlreiche Medienauftritte.

**Costas Lapavistas** ist Professor für Volkswirtschaft an der „School of Oriental and African Studies“ (SoAS) der Universität London. Seine

Forschungsschwerpunkte sind u.a. Politische Ökonomie des Geldes und der Finanzmärkte sowie die japanische Volkswirtschaft. Sein jüngeres Forschungsinteresse galt der Euro Krise. In 2012 war er Mitherausgeber von „Crisis in the Eurozone“ (Verso), eine Koproduktion des Forschungsnetzwerkes Geld und Finanzmärkte der SoAS. Sein nächstes Buch heißt „Profite ohne Produktion“ (Verso) und befasst sich mit den Auswirkungen der Finanzialisierung auf den modernen Kapitalismus. Kontakt: cl5@soas.ac.uk

**Steffen Lehndorff** arbeitet als Sozialforscher am Institut für Arbeit und Qualifikation (IAQ) an der Universität Duisburg-Essen. Er war Leiter eines europäischen Verbundprojekts über „Dynamiken nationaler Beschäftigungsmodell“. Sein Sammelband „Europa vor einem verlorenen Jahrzehnt?“ mit Länderstudien zu Austeritätspolitik, Deregulierung und gewerkschaftlichen Handlungsperspektiven erscheint im Frühjahr 2014 bei VSA.

**Susanne Kramer-Drużycka** ist Projektkoordinatorin mit Schwerpunkt Dokumentation im Regionalbüro Warschau der Rosa Luxemburg-Stiftung.

**Alban Werner** ist Doktorand der Politikwissenschaft an der RWTH Aachen und Mitglied im BundessprecherInnenrat der Sozialistischen Linken.

**Sabine Wils** ist seit 2009 Abgeordnete im Europäischen Parlament. Dort ist sie Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit sowie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr. Die studierte Chemikerin arbeitete zuvor bei der Hamburger Umweltbehörde, in der sie auch Personalratsvorsitzende war. Der Bundesausschuss der LINKEN nominierte sie auf Platz 7 für die (Wieder)wahl ins Europäische Parlament.



## Eintrittserklärung

Hiermit erkläre ich,

Name, Vorname

Straße, Hausnummer, PLZ, Ort

meinen Eintritt in die Partei DIE LINKE, Mitglied der Partei der Europäischen Linken (EL).  
Ich bekenne mich zu den Grundsätzen des Programms der Partei DIE LINKE, erkenne die  
Bundessatzung an und bin nicht Mitglied einer anderen Partei im Sinne des Parteiengesetzes.

## Weitere Angaben zu meiner Person

Geburtsdatum

Beruf

Telefonnummer

E-Mail-Adresse

Warst du früher bereits Mitglied einer Partei im Sinne des Parteiengesetzes? Wenn ja, in welcher?

## Einzugsermächtigung

Ich ermächtige die Partei DIE LINKE meinen monatlichen Mitgliedsbeitrag in Höhe von \_\_\_\_ Euro  
und meinen Jahresmitgliedsbeitrag für die Partei der Europäischen Linken (EL) jeweils im Monat  
Mai in Höhe von \_\_\_\_ Euro (Mindestbetrag 6 Euro) von unten stehendem Konto abzubuchen.

Kontonummer

Bankleitzahl

Name und Ort des Geldinstituts

Name und Unterschrift des Kontoinhabers/der Kontoinhaberin (wenn abweichend vom Mitglied)

Die Angaben dienen der Nachweisführung und der statistischen Auswertung der Mitgliederentwicklung sowie der Verbesserung  
der Kommunikation. Sie werden im Parteivorstand, den Landesverbänden und in den Gliederungen der Partei DIE LINKE  
entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt und aufbewahrt.

Ort und Datum

Unterschrift

Ausfüllen, unterschreiben und einsenden an: DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

# Akademie 2014

Sommer  
mit der Sozialistischen Linken

[www.soli-verein.de](http://www.soli-verein.de)  
[sommerakademie@soli-verein.de](mailto:sommerakademie@soli-verein.de)



**Save the date**  
**4.-6. Juli 2014**  
verdi „Das bunte Haus“, Bielefeld